

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL

DIVERSITY, PLEASE!

Wie die neue DFG-Präsidentin **Katja Becker** die Forschung in Deutschland voranbringen will. **Ein Gespräch**



KAI GEHRING – der künftige grüne Bundesbildungsminister?

SAGITHJAN SURENDRA ist Student des Jahres

LAMBERT T. KOCH pocht auf die Autonomie der NRW-Unis

DEIN BESTES MITTEL, ETWAS GEGEN RASSISMUS ZU TUN, BIST DU SELBST.

Informiere dich, wo und wie Rassismus in unserer Gesellschaft auftaucht, wirkt und funktioniert und welche Folgen er für die Betroffenen hat. Hinterfrage deine eigenen Vorurteile und werde dir bewusst, welche Privilegien *weiße* Menschen in Deutschland haben.

Mische dich ein, wenn rassistische Klischees bemüht werden und halte dagegen, wenn den vermeintlich „Anderen“ mit Hass begegnet wird.

amnesty.de/gegen-rassismus



AMNESTY
INTERNATIONAL



Alles nach Plan?

Mitnichten! Dieses Heft erscheint zu einem Zeitpunkt, wie er vor wenigen Wochen noch undenkbar war: von den Landesregierungen verordnete Schließungen von Bildungs- und Sporteinrichtungen, Kitas, Hochschulen; nahezu alles Öffentliche findet kaum noch statt. Das Leben verläuft nicht mehr nach Individual-, sondern nach Pandemie-Plan.

Da wirkt die bei der Planung dieser Ausgabe angesetzte Auseinandersetzung mit den neuen Hochschul-Landesentwicklungsplänen und Hochschulzukunftsprogrammen heute vielleicht unzeitgemäß. Dennoch halten wir mit Blick auf die Freiheit der Hochschulen an unserer Leitfrage fest: Gibt es nun eine politische Restauration, soll nach einer Hochzeit der Hochschulautonomie diese neu geordnet werden? Soll neu definiert werden, was Hochschulen künftig in Deutschland, und in wessen Auftrag tun sollen? Schließlich wird es auch eine Zeit nach Corona, wird es wieder Normalität geben. Und dann stellt sich die Machtfrage erneut: Werden die Länder wieder stärker das Sagen haben, die letztlich – wie auskömmlich auch immer – die Hochschulen finanzieren? Oder weiterhin die Hochschulen selbst, indem sie ihre Autonomie erfolgreich erhalten und sich eigene Strategien geben, eigene Ziele definieren?

Unser Autor Klaus Heimann hat sich am Beispiel des „Hochschulzukunftsprogramms Rheinland-Pfalz“ einmal in vergleichender Perspektive angesehen, wie Hochschulsteuerung heute konkret abläuft in den Bundesländern, und welche Ins-

»Ein Armutszeugnis für das zuständige Ministerium! Und für die 15-köpfige Expertenkommission!«

trumente eingesetzt werden. Das Zukunftsprogramm für die rheinland-pfälzischen Hochschulen zum Beispiel hat eine 15-köpfige Expertenkommission geschrieben, unter dem Vorsitz von Holger Burckhart, dem Rektor der Universität Siegen. Er sagt, das Programm sei „zum Maßstab geworden, um Forderungen an das Wissenschaftsministerium zu adressieren“. Auch wenn der Begriff „Plan“ nicht auftaucht, kann man das rheinland-pfälzische Papier als einen Hochschulentwicklungsplan verstehen – ein fast schon klassisches Steuerungsinstrument, wie Klaus Heimann herausarbeitet, zum ersten Mal eingesetzt vor einem Vierteljahrhundert in Berlin. Seitdem haben einige Bundesländer solche Pläne ein-, oder wie das Beispiel NRW zeigt, inzwischen auch wieder abgesetzt. In der Hochschulsteuerung scheint sich eine Art „Dreiklang“ als Instrumenten-Mix durchzusetzen: Pläne auf längere Frist, Zielvereinbarungen auf mittlere Frist, und schließlich die jährlichen Hochschuletats der Länder-Haushalte.



Und leider keine Petitesse am Rande: Da wird ein Plan, ein Hochschulzukunftsprogramm entwickelt, ohne auch nur einen Gedanken auf die soziale Infrastruktur der Hochschulen zu verschwenden, sprich: ohne überhaupt mit den Studierendenwerken zu reden. Eingeladen zum Gespräch wurden die Hochschulen, die Studierenden, „Interessenvertretungen“ wie die Kammern, der Hotel- und Gaststättenverband, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften ... Die Studierendenwerke? Fehlanzeige! Sie tauchen im 60-seitigen Papier nicht einmal auf. Ein Armutszeugnis für das – auch für die Studierendenwerke – zuständige Ministerium! Und für die 15-köpfige Expertenkommission!

Wie will man denn das Hochschulsystem eines Bundeslands weiterentwickeln, es für die Zukunft gut aufstellen – ohne das studentische Wohnen, ohne Hochschulgastronomie, Studienfinanzierung, Kinderbetreuung, studienbegleitende Beratung? _ S.18

Wäre es nicht so beklagenswert, müsste man es mit Humor nehmen. Wie in Brechts „Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Planens“:

*Ja, mach nur einen Plan!
Sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch 'nen zweiten Plan
Gehn tun sie beide nicht.*

Ohne die Studierendenwerke erst recht nicht!

Eine anregende Lektüre dieses DSW-Journals wünscht Ihnen
Ihr

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks
»achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de

POLITIK

PRAXIS



#historisch wohnen

Der Goldene Turm des Studentenwerks
Niederbayern/Oberpfalz / **24-27**

POLITIK

Planwirtschaft oder Autonomie?

Klaus Heimann über Pläne als Hochschul-
Steuerungsinstrumente / **18-23**



PROFIL



Mensa-Übernahme

Beim Studentenwerk Gießen kochen Studis selber ihre Veggie-Gerichte / 28-31



Kai Gehring

Ruhrpötker, Arbeiterkind, Bildungsaufsteiger: Der Grünen-Politiker im Porträt / 32-35

PERSPEKTIVE

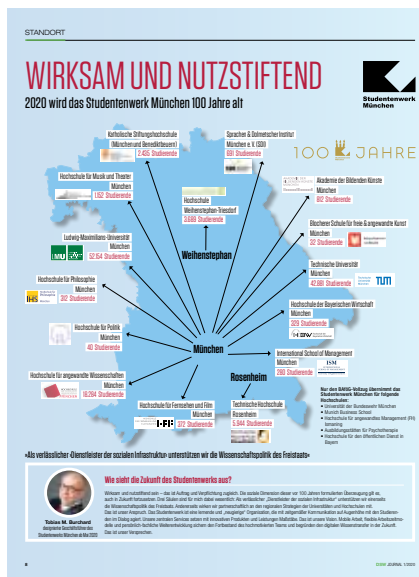


Klag! Mich! Ein!

Karl-Heinz Reith über das Geschäft mit Studienplatz-Klagen / 36-37

STANDORT

Das Studentenwerk München wird 100 Jahre alt / 8-9



13 FRAGEN AN ...

Sagithjan Surendra, Student des Jahres von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg / 38-39



WIR MÜSSEN WAS TUN

Demokratie lernen: Wo, wenn nicht an der Hochschule?

DSW-Präsident Rolf-Dieter Postlep über politische Bildung im Studium / 40



IN EIGENER SACHE

Neue Verbands-Gremien



v. l. n. r. Jürgen Allemeyer, Andrea Klug, Clemens Metz, Jens Schröder, Louisa Kruczek, Dominik Schwarz, Rolf-Dieter Postlep, Jörg Magull, Philipp Schulz, Andrea Diekhof, Andreas Schülke, Doris Schneider. Es fehlt: Holger Robbe

MODERNISIERUNG Wir als Verband der 57 Studenten- und Studierendenwerke haben unsere Satzung aktualisiert und unsere Gremienstruktur modernisiert. Anstelle des bisherigen Vorstands übernimmt ein neuer, 14-köpfiger, ehrenamtlich tätiger Verbandsrat die Beratungs- und Aufsichtsfunktionen. Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), ist Vorsitzender des neuen Verbandsrats. Die vereinsrechtliche Vertretung des DSW und damit auch die Vorstandsfunktion nimmt Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde wahr. Verbandsrat und Vorstand sind seit Anfang dieses Jahres im Amt. „Unsere neue Gremienstruktur ist das Ergebnis eines intensiven, konstruktiven Diskussionsprozesses, den wir in den vergangenen zwei Jahren im Verband geführt haben“, erläutert DSW-Präsident Postlep. „Wir wollen funktionale Klarheit, und wir wollen die innerverbandliche Arbeit und Diskussion stärken und für noch stärkere Partizipation, Transparenz und Einbindung unserer Mitglieder sorgen“, so Postlep.

Dem neuen Verbandsrat gehören neben Postlep zwei weitere Professor/-innen aus Hochschulleitungen an, vier Studierende aus den Organen der Studenten- und Studierendenwerke sowie sieben Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer. Stellvertretende Verbandsratsvorsitzende sind Prof. Dr. Andrea Klug und Philipp Schulz. Klug ist Präsidentin der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden, Schulz ist studentischer stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender des Studierendenwerks Aachen. *sg.*

www.studentenwerke.de/de/content/organe

Unsere neue Satzung zum Download: www.studentenwerke.de/de/verband



Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär und Vorstand

EUROPAWEITES ERNÄHRUNGSPROJEKT

Haus der kleinen Köche



Die Schülerinnen Helena, Lea, Marlene, Anika, Sarina und Marie-Luise (v. l. n. r.) haben in der Mensa Lamm-Burritos zubereitet.

MENSA-KIDS Nachhaltige und gesunde Ernährung vermitteln will das Projekt „Europa Miniköche“. In der Mensa des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz an der OTH Regensburg lernten das 15 Kinder zwischen zehn und zwölf Jahren im November 2019. Die Schülerinnen und Schüler nehmen an dem zwei Jahre dauernden außerschulischen Projekt teil, das seit 1989 europaweit auch Einblicke in die Gastronomie vermittelt. Gekocht wird in gastronomischen Einrichtungen einer Region, mit dem Küchenpersonal vor Ort. Miniköchin Leni war von der Mensa-Großküche schwer beeindruckt: „Vor allem der ‚Fleischwolf‘ hat mich begeistert, sowas habe ich bisher noch nie gesehen. Die Aussicht beim Essen war toll und auch das mexikanische Essen war neu für mich, weil wir noch nie beim Mexikaner waren.“ *ml.*

» www.stwno.de/de/home/news/gastronomie/2141-besuch-der-europa-minikoeche-in-der-mensa-an-der-oth-regensburg
 » www.minikoeche.eu

PERSONALIA

Starkes Kanzlerinnen-Duo



Monika Niehues



Karin Hollstein

MONIKA NIEHUES und **KARIN HOLLSTEIN**, die Kanzlerinnen der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden und der Hochschule Zittau/Görlitz, erhalten die Verdienstmedaille des Deutschen Studentenwerks, eine Art Bundesverdienstkreuz der Studentenwerksarbeit für außergewöhnliches Engagement in den Organen der Studentenwerke. Niehues ist seit 2008, Hollstein seit 2006 Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks Dresden. Beide Kanzlerinnen engagieren sich in dem Gremium stark für die Hochschulgastronomie des Studentenwerks Dresden, Niehues darüber hinaus für die Psychosoziale Beratungsstelle, die Juristin Hollstein für Geschäfts- und Benutzungsordnungen. *ml.*

www.studentenwerk-dresden.de/wirueberuns/pressemitteilung-290.html

PERSONALIA

Erster Ehrenbürger



MARTIN RICHTER, Geschäftsführer des Studentenwerks Dresden, ist erster Ehrenbürger der Technischen Universität Dresden (TUD). Mit der Auszeichnung werden Richters Verdienste und Leistungen für die Universität gewürdigt. TUD-Rektor Prof. Dr. Hans Müller-Steinhagen (rechts) überreichte Richter beim Festakt zum 100-jährigen Gründungsjubiläum des Studentenwerks Dresden Anfang Dezember 2019 die Urkunde und bedankte sich bei Richter für dessen außerordentlichen Einsatz. Müller-Steinhagen lobte, als Geschäftsführer des Studentenwerks Dresden setze Richter sich mit „Vehemenz und viel Herzblut für die Studierenden in Dresden ein“. *ml.*

www.studentenwerk-dresden.de/wirueberuns/pressemitteilung-291.html

EINE FRAGE ... Wie politisch soll Wissenschaft sein?

Antworten der Bildungsexpert/-innen der Bundestagsfraktionen



Albert Rupprecht **MdB**
CDU/CSU

Mehr denn je brauchen wir die wertvollen Impulse aus der Wissenschaft für eine gedeihliche Entwicklung unserer Gesellschaft. Erkenntnis und Wissen sind die Grundlage für Orientierung in einer dynamischen Welt, können überhitzte Debatten in einen sachlichen Dialog verwandeln und schützen vor Fake News. Daher arbeiten wir aktuell an der Weiterentwicklung einer guten Wissenschaftskommunikation. Wissenschaft im Elfenbeinturm ist ein Tabu für eine aufgeklärte Gesellschaft.

www.albert-rupprecht.de



Oliver Kaczmarek **MdB**
SPD

An erster Stelle ist die Wissenschaft frei. So sieht es unser Grundgesetz richtig vor. Zu dieser Freiheit gehört auch, dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler politisch äußern. Damit bereichert die Wissenschaft unsere vielfältige Demokratie. Sie liefert neue Denkanstöße und trägt dazu bei, unterschiedliche Interessen in unserer Gesellschaft auf der Basis von Fakten miteinander zu diskutieren.

www.oliver-kaczmarek.de



Dr. Götz Frömming **MdB**
AfD

Wissenschaft sollte nur Wahrheit und Vernunft verpflichtet sein. Sie sollte nicht, ‚politisch‘ sein. Das allein ist vernünftig und entspricht dem Ideal akademischer Freiheit. Andernfalls nämlich könnten von vornherein wissenschaftliche Fragen und Methoden beeinflusst werden. Und das könnte dazu führen, Ergebnisse auszuschließen, die ebenfalls Lösungen für Probleme bringen. Anders ausgedrückt: Die Politik hat sich aus den Wissenschaften herauszuhalten – und umgekehrt.

www.goetz-froemming.de



Dr. Jens Brandenburg **MdB**
FDP

Wissenschaft sollte politisch und gesellschaftlich relevante Fragestellungen aufgreifen und ihre Erkenntnisse in politische Debatten einspeisen. Dieser Austausch und das Ringen um das beste Argument brauchen auch an Hochschulen einen Raum. Die Suche nach objektiver Wahrheit darf aber nicht von politischen Interessen verzerrt werden. Die Freiheit von Forschung und Lehre sollten wir selbstbewusst verteidigen. Das gilt für die Klimaforschung und Gender Studies genauso wie für Gentechnik und Kernfusion.

www.jens-brandenburg.de



Nicole Gohlke **MdB**
Die Linke

Wissenschaft soll die gesellschaftlichen Bedingungen und möglichen Auswirkungen ihres Tuns bedenken. Das ist eine der Lehren, die wir gerade in Deutschland aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gezogen haben. Forschung, ob an Raketenantrieben, Drohnen oder dem Klimawandel, wird irgendwann real angewandt. Die Wissenschaft sollte das gesellschaftliche Umfeld, in dem und für das sie arbeitet, kritisch reflektieren und offen diskutieren, denn ihre Beiträge haben konkrete Folgen.

www.nicole-gohlke.de



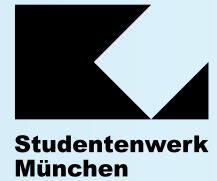
Kai Gehring **MdB**
Bündnis 90/Die Grünen

Wissenschaft ist eine wesentliche Grundlage für Politik, insofern ist das „Politisch-Sein“ keine Frage des „Sollens“, sondern des „Seins“. Wissenschaft kann politische Entscheidungen aber nicht ersetzen, denn sie müssen Ergebnis eines demokratischen Prozesses mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung sein. In Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen wie Klimakrise oder Kampf gegen den grassierenden Rechtsterrorismus sind auch Wissenschaftler*innen gefragt, klar Position zu beziehen und Haltung zu zeigen.

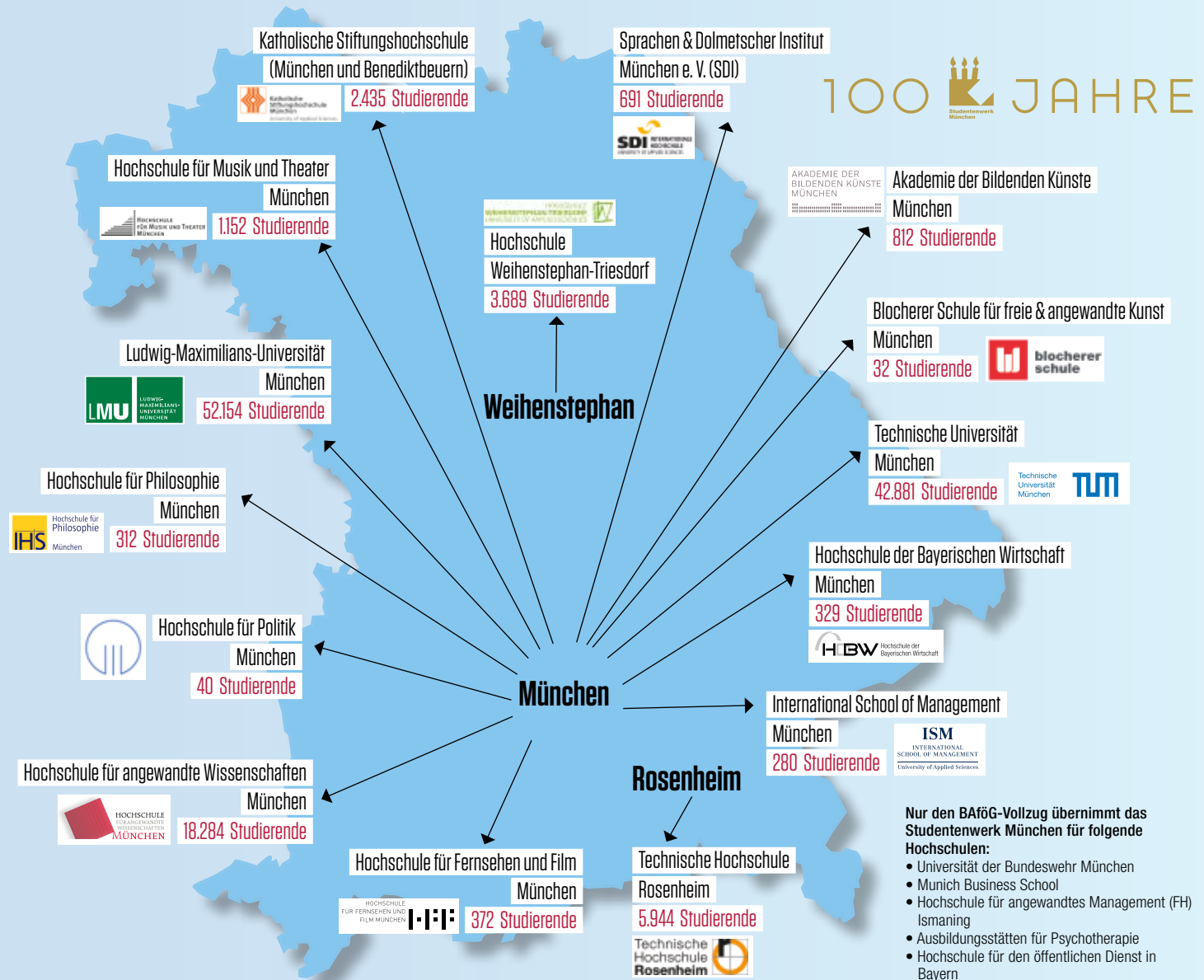
www.kai-gehring.de

WIRKSAM UND NUTZSTIFTEND

2020 wird das Studentenwerk München 100 Jahre alt



100 JAHRE



- Nur den BAföG-Vollzug übernimmt das Studentenwerk München für folgende Hochschulen:**
- Universität der Bundeswehr München
 - Munich Business School
 - Hochschule für angewandtes Management (FH) Ismaning
 - Ausbildungsstätten für Psychotherapie
 - Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern

»Als verlässlicher »Dienstleister der sozialen Infrastruktur« unterstützen wir die Wissenschaftspolitik des Freistaats«



Tobias M. Burchard
designierter Geschäftsführer des Studentenwerks München ab Mai 2020

Wie sieht die Zukunft des Studentenwerks aus?

Wirksam und nutzstiftend sein – das ist Auftrag und Verpflichtung zugleich. Die soziale Dimension dieser vor 100 Jahren formulierten Überzeugung gilt es, auch in Zukunft fortzusetzen. Drei Säulen sind für mich dabei wesentlich: Als verlässlicher »Dienstleister der sozialen Infrastruktur« unterstützen wir einerseits die Wissenschaftspolitik des Freistaats. Andererseits wirken wir partnerschaftlich an den regionalen Strategien der Universitäten und Hochschulen mit. Das ist unser Anspruch. Das Studentenwerk ist eine lernende und »neugierige« Organisation, die mit zeitgemäßer Kommunikation auf Augenhöhe mit den Studierenden im Dialog agiert. Unsere zentralen Services setzen mit innovativen Produkten und Leistungen Maßstäbe. Das ist unsere Vision. Mobile Arbeit, flexible Arbeitszeitmodelle und persönlich-fachliche Weiterentwicklung sichern den Fortbestand des hochmotivierten Teams und begründen den digitalen Wissenstransfer in der Zukunft. Das ist unser Versprechen.

Foto: Michael Fuchs



40
Mensen & Cafeterien



4.7 Mio
ausgegebene Essen



15.8 Mio €
Umsatz Hochschulgastronomie



20
Kitas



501
Kita-Plätze



3.197
Psychologische Beratungskontakte



9.702
Sozialberatungen

597

Beratungskontakte Studierendencoaching



129.407

Studierende im WS 18/19



583

Beschäftigte



Rund 11.000

Wohnheimplätze



283 €

Durchschnittliche Miete im Wohnheim



9.556

BAföG-Geförderte



154 Mitarbeiter/-innen /Trägerverein
„Studentische Eltern-Kind-Initiativen e.V.“



»In München wird auffallend deutlich, dass die BAföG-Förderung an die Lebenswirklichkeit angepasst werden muss!«



Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht
Geschäftsführerin des Studentenwerks München

Vor welchen Herausforderungen steht Ihr Studentenwerk?

Unsere größte Herausforderung ist, unsere Services mit den stark steigenden Studierendenzahlen „mitwachsen“ zu lassen. Uns ist es beispielsweise mit eigens entwickelten, innovativen Konzepten gelungen, die Kapazität der hochschulgastronomischen Einrichtungen auszubauen. Ein Meilenstein war 2019 die Eröffnung unserer größten Self-Service-Mensa mit 24 SB-Kassen in Garching. Derzeit führen wir rund 20 Sanierungs- und Nachverdichtungsmaßnahmen im Bereich Wohnen durch. Um die Anzahl der Wohnplätze signifikant zu erhöhen, bräuchten wir jedoch weitere finanzielle Mittel und Grundstücke im Erbbaurecht. Unsere Beratungsangebote sind bereits so ausgebaut, dass Studierende auch künftig adäquat betreut werden können. Lediglich bei den BAföG-Empfängern sinken unsere Zahlen. In München und Umgebung wird auffallend deutlich, dass die Förderung an die Lebenswirklichkeit angepasst werden muss!

»Das Team leistet ausgezeichnete Arbeit im Bereich Wohnen, und das unter schwierigsten Marktverhältnissen«

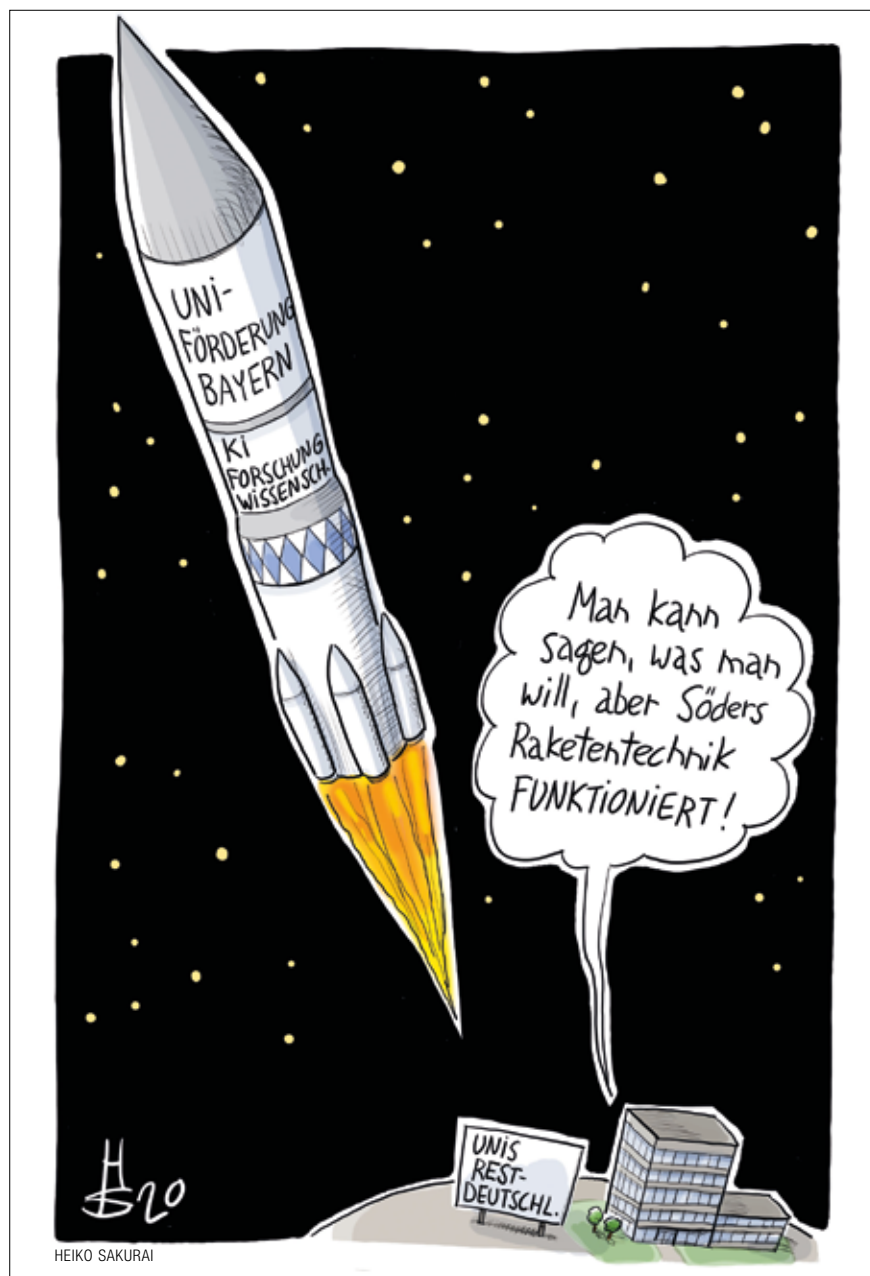


Dr. jur. Paul Siebertz
Rechtsanwalt und Berater,
Vorsitzender des Verwaltungsrats des Studentenwerks München

Was zeichnet Ihr Studentenwerk aus?

Auf mein Studentenwerk bin ich in vielerlei Hinsicht stolz: Das Team leistet ausgezeichnete Arbeit im Bereich Wohnen, und das unter schwierigsten Marktverhältnissen. Die zahlreichen gastronomischen Einrichtungen sind sehr zu loben. Dass das Studentenwerk finanzschwache Studierende unterstützt, ausländische Studierende in München integriert, ein originelles und anspruchsvolles Kulturprogramm bietet und nicht zuletzt professionelle, kostenlose Beratung für Studierende in schwierigen Situationen organisiert, ist wunderbar. Besonders stolz machen mich die vielen Kindertageseinrichtungen, die in den letzten 20 Jahren eingerichtet wurden.

HIGHTECH-AGENDA BAYERN: DER FREISTAAT WILL HOCH HINAUS ...



IMPRESSUM

DSW-Journal, Das Magazin des Deutschen Studentenwerks (DSW) Ausgabe 1/2020, 15. Jahrgang

Das DSW-Journal erscheint viermal im Jahr.

Herausgeber: Deutsches Studentenwerk e. V., Monbijouplatz 11, 10178 Berlin

Verantwortlich: Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär

Redaktionsleitung: Stefan Grob (sg.), stefan.grob@studentenwerke.de

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe: Christian Füller, Karl-Heinz Reith, Heike Hucht, Marijke Lass, Moritz Leetz (ml.), Achim Meyer auf der Heyde, Rolf-Dieter Postlep, Christine Prufky, Jan-Martin Wiarda, Mitarbeit: Luisa Schläfke

Hinweis zum Datenschutz: Wir verwenden Ihre Daten auf dem Adressaufkleber ausschließlich dafür, Ihnen das DSW-Journal per Post zuzustellen. Wenn Sie das DSW-Journal nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie dies bitte in einer E-Mail an: dswjournal@studentenwerke.de

Grafik: BlazekGrafik www.blazekgrafik.de

Karikatur: Heiko Sakurai

Druck: Heinrich Druck + Medien GmbH www.heinrich.de

Beratung: Helmut Ortner www.ortner-concept.de

Anzeigen: dswjournal-anzeigen@studentenwerke.de Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2020

Redaktionsanschrift: Deutsches Studentenwerk e. V.

Redaktion DSW-Journal Monbijouplatz 11, 10178 Berlin Tel.: +49 (0)30 29 77 27-20 Fax: +49 (0)30 29 77 27-99

E-Mail: dswjournal@studentenwerke.de **Internet:** www.studentenwerke.de

Nachdruck und Wiedergabe von Beiträgen aus dem DSW-Journal sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



KOLUMNE

GROB GESAGT

Gods of War

Ich lerne viel von meinen pubertierenden Jungs, 16 und 13. Sich informieren, sich unterhalten lassen, miteinander kommunizieren, Hausaufgaben, Freizeit, Sport organisieren: All das erledigen die beiden „Digital Natives“ behände-souverän mit ihren Smartphones. Und ja, sie würden es wahrscheinlich 24 Stunden am Tag tun, wenn nicht so lästige Störfaktoren wie Schule, Essen, Schlafen, Hausaufgaben dazwischendrängen.

Unsere jüngste Errungenschaft ist eine Spiele-Konsole; enormes Suchtpotenzial auch hier. Bevor Sie aber jetzt denken, dies würde einen Untergang-des-Abendlands-Kulturpessimismus-Kolumne: nein nein. Manche der Spiele, die die Herren Söhne wollen, sind auch für ihren Vater,

»Schule, Essen, Schlafen sind für meine ‚Digital Natives‘ lästige Störfaktoren«

sagen wir, nicht uninteressant. „Grand Theft Auto“ hat was, auch „Red Dead Redemption“. Das macht das Aushandeln Bildschirm-freier Zeiten etwas einfacher, wenn der Erziehungsberechtigte anstelle angelesener Vorurteile echten Augenschein in die Waagschale werfen kann. Es hilft mir schließlich auch beruflich, wenn ich weiß, was die künftige Generation von Studierenden so treibt. Und beim infernalischen Sound von „Gods of War“ ist Kopfhörer-Zwang.

Wenn Sie wissen wollen, was die Digitalisierung noch alles bringt: Gucken Sie in Ihre Kinderzimmer.

Stefan Grob
Redaktionsleiter DSW-Journal
stefan.grob@studentenwerke.de

DIE ALLESKÖNNER

Malerarbeiten? Klar. Elektrik? Sicher! Bohren? Natürlich. Verputzen, Holz- und Metallarbeiten? Fünf Mann gucken sich an. Was soll die Frage? Logisch, auch das – dafür ist das Hausmeisterteam des Studentenwerks Osnabrück schließlich da. Ganz nebenbei sind die Alleskönner auch noch Zuhörer und Alltagshelfer, vor allem in den 27 Wohnheimen des Studentenwerks Osnabrück: vom „Haus auf der Stadtmauer“ mit einem einzigen Zimmer bis zum neuen „StudierQuartier im WissenschaftsPark“ für 124 Studierende, hier im Hintergrund, das im Frühjahr 2020 fertig wird. Da brauchen sie neben Fachkenntnissen auch Humor, Gelassenheit – und Durchsetzungsvermögen. „Wie in einer guten Bau-marktwerbung“, grinst Frank Rotzoll, ein Rohr schulternd. Einen Ausschnitt ihrer Fähigkeiten zeigen, vorne von links: Reinhard Meyer zu Allendorf, Sebastian Lüdecke, Wilfried Mollenhauer, hinten: Teamchefin Martina Marek, Christoph Schaper und Frank Rotzoll. him.



Studentenwerk Osnabrück
...damit Studieren gelingt!

» www.studentenwerk-osnabrueck.de/wohnen/wohnanlagen.html

»DIVERSITÄT UND EXZELLENZ SIND FÜR MICH UNTRENNBAR«

KATJA BECKER

Die neue Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) über Spitzenforschung, Hochschulfinanzierung, Frauen und Männer – und warum die DFG auch die Studierenden im Blick hat

INTERVIEW: Jan-Martin Wiarda

FOTOS: Kay Herschelmann

Frau Becker, Sie benutzen oft das Wort „Diversität“. Hatten wir davon bislang in der deutschen Wissenschaft zu wenig?

Auf jeden Fall gibt es Länder, die weiter sind als wir. Als ich vor ein paar Jahren für ein Forschungssemester in die USA ging, wurde ich als erstes gebeten, an einem ganztägigen Workshop teilzunehmen, Thema: Wie interagiere ich erfolgreich mit Menschen aus anderen Kulturen? Es ging um Wertschätzung der Forschenden persönlich und um die grundsätzliche Bedeutung von Vielfalt für die Qualität von Wissenschaft. Am Ende haben wir Teilnehmer sogar einen Test über unsere interkulturellen Kompetenzen absolviert. Ich fand das einen sehr guten Ansatz.

Ein Workshop allein schafft noch kein Diversitätswunder.

Aber er zeigt, dass Vielfältigkeit, um das deutsche Wort zu benutzen, als Wert anerkannt und explizit gefördert wird. In Deutschland gehen wir oft davon aus, dass die Menschen schon irgendwie klarkommen miteinander. Ich will damit nicht sagen, dass in den USA alles besser läuft oder dass dort alles, was theoretisch so hochgehalten wird, im Alltag funktioniert. Aber von diesem Bewusstsein für Diversität bis in die Führungsetagen hinein, davon können wir etwas lernen.

Was genau bedeutet Diversität für Sie?

Sie bedeutet auf jeden Fall mehr als das, was wir im Augenblick darunter verstehen. Auch bei der DFG betrachten wir immer

noch vor allem die Gleichstellung von Mann und Frau. Aber Diversität im Sinne von Chancengleichheit erstreckt sich auf alle denkbaren Dimensionen der Ungleichheit: auf die soziale und ethnische Herkunft, die sexuelle Orientierung, das Lebensalter, auf mögliche Behinderungen. Ich möchte, dass wir uns bei der DFG künftig von diesem Verständnis der Vielfältigkeit leiten lassen, dass wir es zum Gegenstand unseres täglichen Handelns machen und auch unsere Begutachtungs- und Entscheidungsprozesse daraufhin überprüfen.

Macht Diversität die Wissenschaft besser?

Davon bin ich überzeugt: Diversität ist eine zentrale Voraussetzung für exzellente Wissenschaft, aus zwei Gründen. Erstens muss ich, damit die besten Köpfe in die Forschung gehen, allen Menschen ohne Ansehen der Person, allein unter Berücksichtigung ihrer Talente, die gleichen Chancen geben. Zweitens ermöglicht erst Diversität neue Perspektiven und wirkliche Innovationen. Das ist in der Natur genauso: Der Regenwald entwickelt sich dynamischer als die landwirtschaftliche Monokultur. Rückbezogen auf die Wissenschaft heißt das: Je mehr Dimensionen der Diversität zusammenkommen – bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, bei den Förderformaten und Themen, auch bei den internationalen Kooperationen –, desto mehr spannende neue Kombinationen und Forschungsergebnisse wird es geben. Diversität und Exzellenz, die Begriffe sind für mich untrennbar.



»Die DFG steht doch gar nicht in Konkurrenz zu den Hochschulen.

Im Gegenteil, sie fördert die beste Forschung an den Hochschulen«



Bei uns sind nicht einmal ein Viertel der Professoren weiblich, nicht einmal zehn Prozent haben einen ausländischen Pass. Arbeiterkinder gibt es kaum unter Hochschullehrern, und Spitzenforscher aus Einwandererfamilien können Sie an einer Hand abzählen. Wenn Diversität eine Voraussetzung für Exzellenz ist: Hat die deutsche Wissenschaft den Zug zur Exzellenz verpasst?

Die Exzellenz eines Wissenschaftssystems hat viele Voraussetzungen, und von diesen sehe ich eine ganze Reihe in Deutschland sehr gut realisiert, deut-

lich besser als in vielen anderen Ländern. Die außer-universitären Forschungseinrichtungen und auch die DFG haben dank des Pakts für Forschung und Innovation eine Ausstattung und Planungssicherheit, die sehr gute Forschungsarbeiten ermöglichen. Unsere Forschungslandschaft ist insgesamt sehr vielfältig, mit guten Infrastrukturen, mit Universitäten und Forschungsinstituten, die einander fast ideal ergänzen. Hinzu kommt die Wissenschaftsfreiheit in unserem Land, die großartige Möglichkeit, frei, erkenntnisgeleitet und der persönlichen Neugier folgend zu forschen, wofür auch und gerade die DFG steht. Auch die massiven Investitionen in die Internationalisierung der Wissenschaft in den vergangenen zehn, zwanzig Jahren waren wichtig. Aber natürlich bleibt ein Delta - zumal die Welt um uns herum sich ja auch weiterentwickelt hat. Denken Sie an den Aufstieg Chinas, die Krise in der Türkei, die Migration nach Europa. Wir haben den Zug nicht verpasst. Aber wir müssen unsere Sicht auf die Dinge kontinuierlich überprüfen und unsere Handlungen und Angebote entsprechend anpassen.

»Pauschale Forderungen zum studentischen Wohnen zu erheben, würde mir zurzeit schwerfallen«



Muss immer erst eine Frau kommen, um in einer Organisation das Thema Diversität so entschieden zu pushen?

Es gibt doch auch Männer, die sich für Gleichstellung einsetzen. Bei der DFG waren dies in den vergangenen Jahren oft Vizepräsidenten. Auch die forschungsorientierten Gleichstellungsstandards hat sich die DFG gegeben, als ein Mann Präsident war, nämlich Matthias Kleiner. Natürlich auch immer umgeben von einigen Vizepräsidentinnen, was ja an sich ein positives Signal ist.

Sie sehen also keinen Unterschied?

Ich argumentiere gern mit wissenschaftlichen Studien. Diese belegen zum Beispiel, dass Frauen im familiären Umfeld immer noch mehr Aufgaben übernehmen als Männer. Dass sie dadurch in ihrem Alltag stärker multitasken müssen als Männer. Und ich bin mir sicher, dass ihnen das hilft, auch im Berufsleben die Bedeutung der verschiedenen Perspektiven und Dimensionen manchmal schneller erkennen zu können als Männer.

Die Vielfalt in der Wissenschaft beginnt in der Vielfaltigkeit der Studierenden. Müsste sich die DFG als Forschungsförderer nicht viel entschiedener für die Chancengleichheit im Studium einsetzen?

Die DFG interessiert sich sehr für die Studierenden und ihre Studienbedingungen. An den Hochschulen geht es ja nicht nur um die Grundkenntnisse wissenschaftlichen Arbeitens. Wir brauchen Professorinnen und Dozenten, die nicht nur irgendwie Forschung machen, sondern auch die Begeisterung, die sie selbst für die Wissenschaft empfinden, authentisch an die nächste Generation vermitteln können. Die den Studierenden sagen: Mensch, ist das nicht faszinierend, was wir hier erforschen können? Damit so eine Begeisterung aufkommt, braucht es natürlich die entsprechende Atmosphäre an den Hochschulen, und diese hat viel mit einer auskömmlichen Finanzierung zu tun.

Auch Ihr Vorgänger Peter Strohschneider hat immer wieder eine bessere Finanzierung der

Hochschulen angemahnt und kritisiert, dass die Drittmittel, auch die der DFG, angesichts der desolaten Grundfinanzierung eine zu große Bedeutung erlangt hätten. Läge da nicht die Schlussfolgerung nahe, der DFG mal eine Wachstumspause zu verordnen - und die Aufwüche direkt an die Hochschulen zu geben?

Die Förderung von Wissenschaft ist eine der besten Investitionen, die wir als Gesellschaft überhaupt tätigen können. Insofern halte ich es unabhängig von meiner Rolle als DFG-Präsidentin für sinnvoll, dass eine Forschungsförderorganisation wie wir regelmäßige Budgetaufwüchse erhält. Dass wir den Pakt für Forschung und Innovation haben, dass dieser uns jährlich ein Plus von drei Prozent ermöglicht, ist eine wunderbare Voraussetzung für unser weiteres Arbeiten und ein Verdienst auch meiner Vorgänger im Präsidentenamt. Gleichwohl muss man realistischere auch sagen: Die drei Prozent gleichen wenig mehr als die Inflation und die steigenden Personalkosten aus.

Eine Sorge, die viele Hochschulen gerne hätten ...

Ich will die unverändert bestehenden Asymmetrien in der Finanzierung des Wissenschaftssystems gar nicht kleinreden. Zum Glück hat sich der Druck zuletzt etwas verringert. Zwischen 2010 und 2015 war er so massiv, dass die Universitäten mehr als 30 Prozent ihres Budgets aus Drittmitteln bestreiten mussten, danach hat sich der Wert bei etwa 27 Prozent eingependelt. Immer noch zu hoch, aber immerhin stabil.

Ich merke schon: Der Vorschlag, zugunsten der Grundfinanzierung der Hochschulen auf einen Teil des Pakt-Aufwuchses zu verzichten, wird von der DFG bei allem Mitleid nicht kommen.

Die Idee blitzte einmal kurz auf. Ich glaube aber nicht, dass das klug wäre. Die Universitäten stellen den Großteil unserer Mitglieder, sie erhalten die Mittel von der DFG ja ohnehin, unter Wettbewerbsbedingungen natürlich. Die Grundfinanzierung der Hochschulen wird hauptsächlich anhand der Studierendenzahlen berechnet, da liegt eine ganz andere Finanzierungssystematik zugrunde, die ja auch ihre Berechtigung hat. Insgesamt steht die DFG doch auch gar nicht in Konkurrenz zu den Hochschulen. Im Gegenteil, sie fördert die beste Forschung an den Hochschulen und ermöglicht Projekte, weitere Differenzierung und Profilbildung. Grundmittel und Drittmittel sollten nicht in Konkurrenz zueinander stehen - genauso wenig, wie Lehre und Forschung zueinander in Konkurrenz stehen sollten.

Wenn das so ist, sollte sich eine DFG-Präsidentin dann nicht auch für mehr BAföG stark ma-

»Die DFG interessiert sich sehr für die Studierenden und ihre Studienbedingungen«



ZUR PERSON

Prof. Dr. Katja Becker, 55, ist die erste Frau an der Spitze der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der größten und wichtigsten Forschungsförderungsorganisation Deutschlands. Zuvor war die Gießener Biochemikerin und Medizinerin seit 2014 DFG-Vizepräsidentin. Seit zwanzig Jahren hat sie eine Professur für Biochemie und Molekularbiologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen; dort war sie von 2009 bis 2012 Vizepräsidentin für Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Becker studierte Humanmedizin an der Universität Heidelberg; dort wurde sie 1991 promoviert. 1995 habilitierte sie sich in Biochemie, ebenfalls in Heidelberg. Becker forschte und arbeitete in Australien, Nigeria, Kalifornien, Großbritannien und in der Schweiz. Sie hat zahlreiche Ämter im deutschen Wissenschaftssystem inne, wurde mehrfach für ihre wissenschaftliche Leistung mit Preisen ausgezeichnet, und sie ist Mitglied in mehreren wissenschaftlichen Gesellschaften. Katja Becker ist Mutter einer erwachsenen Tochter.

www.dfg.de/dfg_profil/gremien/praesidium/mitglieder_praesidiums/becker/index.html

chen - oder für mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende?

Die DFG ist eine Forschungsgemeinschaft, als solche hat sie ihren Platz im Wissenschaftssystem. Trotzdem fördern wir längst Studierende: im Rahmen von Forschungsprojekten zum Beispiel als studentische Hilfskräfte. Das Studium ist die erste Etappe auf dem Weg in eine wissenschaftliche Karriere, und so setzt sich auch die DFG-Förderung fort: über Graduiertenkollegs und Promotionsstellen, wobei es nicht nur um die Stellen geht, sondern auch um das Umfeld, die Labore und Einrichtungen, damit Studierende und Promovierende eigenständig Forschung betreiben können. Auch mit dem Deutschen Studentenwerk sehe ich Schnittmengen: bei der Förderung internationaler Studierender zum Beispiel, bei Dual Career und Kinderbetreuungsangeboten für junge Forschende. Hier engagiert sich auch die DFG sehr.

Aber die Forderung nach einem höheren BAföG werden wir von Ihnen nicht hören?

Falls wir den Eindruck bekommen, da gerät etwas aus der Balance bei der Studienförderung, werden Sie von mir persönlich durchaus etwas hören, keine Frage. Das gleiche gilt für die Situation beim studentischen Wohnraum. Im Augenblick sehe ich beispielsweise deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Studienorten. Pauschale Forderungen zu erheben, würde mir zurzeit aber schwerfallen.

Bund und Länder haben beschlossen, eine eigene Förderorganisation für Innovationen in der Hochschullehre einzurichten. Was halten Sie von einer DFG für die Lehre?

Unabhängig davon, ob die Analogie passt, sehe ich alles, was die Qualität der Lehre fördert, als Bereicherung. Wir brauchen begeisterte Hochschullehrer und Studierende. Die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz schaffen neue Bedingungen, neue Lernmöglichkeiten und Methoden. Auch völlig neue Studiengänge entstehen. In solch einer Situation ist es unerlässlich, in die Lehre zu investieren.

Wenn wir schon bei möglichen Pendanten zur DFG sind: Die Fachhochschulen fordern die Einrichtung einer Deutschen Transfer-Gemeinschaft. Die DFG habe für sie nicht genügend zu bieten, sagen sie.

Die Förderung von Fachhochschulen ist ein Thema, das mich bewegt. Deshalb habe ich eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der ich persönlich vorsitze. Wir wollen herausfinden, woran es tatsächlich liegt, dass Fachhochschulen vergleichsweise wenig DFG-Mittel einwerben. Warum auch die Förderangebote, die wir speziell für Fachhochschulen eingerichtet haben, beispielsweise die Projektakademien, die in sie gesetzten Erwartungen noch nicht erfüllt haben. Ob und wie man die Angebote eventuell optimieren kann.

»Wir wollen herausfinden, warum Fachhochschulen vergleichsweise **wenig DFG-Mittel einwerben**«



Haben Sie eine Theorie?

Zunächst einmal ist Fachhochschule nicht gleich Fachhochschule. Einige sind sehr gut ausgestattet, betreiben Forschung auf hohem Niveau und stellen auch bei der DFG sehr erfolgreich Anträge. Andere haben weniger Ressourcen und fast keinen Mittelbau, ihre Professorinnen und Professoren haben oft eine sehr hohe Lehrbelastung. Von diesen Kolleginnen und Kollegen zu fordern, dass sie jetzt auch noch alle DFG-Anträge stellen, ist vielleicht gar nicht gewollt oder angemessen.

Würde eine Transfer-Gemeinschaft besser zu ihnen passen?

Die Deutsche Transfer-Gemeinschaft ist ein Modell, das zurzeit intensiv diskutiert wird, und vielleicht würde sie tatsächlich funktionieren. Allerdings orientieren wir uns bei der DFG stärker an dem aktuellen Votum des Wissenschaftsrats. Dieser hat gerade erst deutlich gemacht, dass die Antworten nicht immer in neuen Formaten und gesonderten Förderlinien bestehen müssen, sondern dass man die bestehenden Formate erst einmal entsprechend anpassen sollte. Das versuchen wir gerade. Auch wollen wir alle ja keine Sonderzonen für einzelne Institutionen. Wissenschaftlich gesehen handelt es sich ja zunehmend eher um fließende Übergänge als um scharfe Grenzen. Ich betone: Fachhochschulen sind in praktisch allen unseren Programmen antragsberechtigt. Vielen Menschen scheint das immer noch nicht klar zu sein.

Dieses Jahr feiern Sie 100 Jahre „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, die Vorläuferorganisation der DFG, und haben dazu eine millionenschwere Kampagne gestartet. Unter anderem fahren Schauspieler einen Expeditionsbus im „DFG2020-Look“ durchs Land, um mit ganz normalen Menschen über Wissenschaft ins Gespräch zu kommen. Braucht die DFG auch den Blick nach innen, auf den Zustand ihrer eigenen Organisation?

Unser Jubiläumsjahr wirkt nach außen und nach innen. Natürlich ist die Wissenschaftskommunikation von zentraler Bedeutung, wir müssen uns als Wissenschaft stärker öffnen als bislang, die Menschen mitnehmen, ihnen die Grundlagen wissenschaftsbasierter Entscheidungen erklären. Wie funktioniert Wissenschaft? Was tun Forscher? Was tut ein Forschungsförderer? Worin liegen die Chancen und Risiken, wo vielleicht auch die Grenzen von Wissenschaft? Im Übrigen halte ich eine Million Euro Kampagnenkosten bei einem DFG-Jahresbudget von fast 3,5 Milliarden für sehr maßvoll.



Planwirtschaft oder Autonomie

HOSCHUL-STEUERUNG

Sachsen hat einen, nun auch Rheinland-Pfalz, NRW hat sich davon verabschiedet:
Sind Hochschul-Entwicklungspläne ein Erfolg – oder ein Auslaufmodell?
Unser Autor **Klaus Heimann** sieht Licht und Schatten

Prof. Dr. Holger Burckhart ist gerne Rektor der Universität Siegen. Seit elf Jahren ist er Wissenschaftsmanager, im Juli 2019 erneut wiedergewählt für eine dritte Amtszeit. Eigentlich hat der Philosophieprofessor genug zu tun, um die südwestfälische Hochschule mit ihren knapp 20.000 Studierenden auf die Zukunft vorzubereiten. Trotz Arbeitsstress ist Burckhart jedoch viel unterwegs in anderen Bundesländern in Sachen Hochschulsteuerung.

In den Expertenkommissionen zur Zukunft der Hochschulen im „Nordverbund“ (Verbund Norddeutscher Universitäten) und der Metropolregion Hamburg sammelte der Siegener Rektor Erfahrungen als Politikberater. Für seine jüngste Aufgabe als Vorsitzender der Kommission Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz war das eine ideale Vorbereitung. Das hochkarätig zusammengesetzte, 15-köpfige Gremium mit Expertinnen und Experten, die allesamt nicht in Rheinland-Pfalz aktiv sind, brauchte nur ein Jahr, um den Masterplan zu entwickeln.

Aber: Machen Hochschulzukunftsprogramme, wie das für Rheinland-Pfalz entwickelte, oder eine Rahmenvereinbarung wie in Hamburg, der Hochschulentwicklungsvertrag wie in Niedersachsen oder der ausgelaufene Landeshochschulentwicklungsplan in Nordrhein-Westfalen, überhaupt noch Sinn? Oder sind es nur „Konstrukte mit vielen Allgemeinplätzen“, wie Prof. Dr. Lambert T. Koch kritisiert, der Rektor der Bergischen Universität Wuppertal und Sprecher der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW? An Rhein und Ruhr jedenfalls verzichtet das neue Hochschulgesetz auf dieses Format und setzt stattdessen auf ein Bündel von strategischen Zielen. Auch Schleswig-Holstein hält nicht viel davon, umfangreiche Pläne zu entwerfen. Der Ex-Staatssekretär für Wissenschaft, Rolf Fischer (SPD), erklärte im schleswig-holsteinischen Landtag, dass eine ausdifferenzierte Hochschulplanung über lange Zeiträume nur die Hochschulautonomie beschneide.

Ein Dreiklang: Plan, Zielvereinbarung, Haushalt

Dass Hochschulentwicklungspläne durchaus strittig und eine aufwendige Sache sind, steht auch für Prof. Dr. Peer Pasternack fest. Der Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, das sich seit vielen Jahren mit Analysen der Hochschulgovernance beschäftigt, hat eine Begründung parat, warum sie trotzdem sein müssen: „Politik steht immer unter dem Rechtfertigungsdruck, dass sie keine Zukunftsbilder habe. Deshalb braucht sie eine strategische Vorstellung, wo wollen wir hin? In der Hochschulpolitik sind das dann entweder Zukunftspläne oder Hochschulgesetze.“ Seit 24 Jahren werde deshalb in allen 16 Bundesländern an einem möglichst stimmigen Dreiklang gebastelt: langfristige Masterpläne mit strategischen Ideen, Zielvereinbarungen auf mittlere Sicht, schließlich der jährliche Hochschuletat im Landeshaushalt. Auch bei noch so intensiver Bemühung, die Politik längerfristig und verlässlich auszurichten, gehe es auch darum, darauf zu achten, dass die „Hochschulen nicht aus dem Ruder laufen“, so Pasternack.

Pasternack erinnert daran, dass die Länder gewaltig unter Druck stehen: Der Bund setzt mit seinen Hochschulinitiativen, ausbalanciert in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK), und mit den damit verknüpften finanziellen Anreizen immer häufiger die Akzente. Auch die Drittmittel haben große Bedeutung und können die Hochschulen von den Zielsetzungen des Landes entfernen. Beide Entwicklungen knabbern laut Pasternack an der Bedeutung der Landespolitik. „Die Spielräume der Wissenschaftsministerien sind deutlich kleiner geworden. Aber deshalb einfach ab danken, keine eigenen Akzente mehr setzen? Undenkbar. Das wäre politisch nicht zu vermitteln“, analysiert er.

Für Lasse Emcken, Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften, kann ein Hochschulentwicklungsplan grundsätzlich durchaus Sinn machen – nicht jedoch, „wenn er nur ein Instrument ist, um Regierungspositionen durchzusetzen, dann macht er keinen Sinn.“ Viel Einfluss auf den „Hochschulentwicklungsplan 2025“ des Freistaats Sachsen und den daraus abgeleiteten Zielvereinbarungen mit jeder Hochschule hatten die Studierenden sowieso nicht, wie Emcken, Student der Soziologie und Geographie an der Universität Leipzig, selbstkritisch einräumt. Ein politisch brisanter Punkt sind für ihn starre Vorgaben bei den Studierendenzahlen für die Hochschulen, deren Erreichung auch noch honoriert wird: „Planziele für jeden Standort zu machen ist unsinnig, besser sind landesweite Leitlinien“, so der Sprecher der Studierendenschaften. Gegen sinnfreie Planvorgaben, so seine Erfahrung, gibt es am Ende des Tages erfolgreichen Widerstand



Prof. Dr. Holger Burckhart
Rektor der Universität Siegen,
Vorsitzender der Kommission
Hochschulzukunftsprogramm
Rheinland-Pfalz

»Das Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz haben die Hochschulen als das ihrige angenommen. Es ist zum Maßstab geworden, um Forderungen an das Wissenschaftsministerium zu adressieren«

bei den Studierenden, aber auch bei den Rektorinnen und Rektoren. „Was wir brauchen, sind vor allem mehr zweckungebundene Gelder“, so Emcken.

Studierendenwerke vergessen

Für Holger Burckhart ist wichtig, wie ein Hochschulentwicklungsplan entsteht. „Sind die Empfehlungen anwendbar, gibt es eine ähnliche Problemsicht der Akteure vor Ort oder geht das alles über die Köpfe der Empfänger hinweg?“ Um eine Kopfgeburt zu verhindern, suchte die von ihm geleitete Kommission das intensive Gespräch mit den Hochschulen in Rheinland-Pfalz. „Das war zwar sehr zeitaufwendig, alle elf Hochschulen vor Ort zu besu-



Prof. Dr. Uta M. Feser,
Präsidentin der Hochschule
Neu-Ulm, Vorsitzende von
„Hochschule Bayern“

»Wir haben dem Wissenschaftsministerium gesagt, was passieren muss, damit die Hochschulen in Bayern in der Breite wettbewerbsfähiger werden«

chen, aber es hat sich gelohnt“, erläutert der Siegener Rektor. Beratungen gab es nicht nur mit Präsident/-innen, Vizepräsident/-innen und Kanzler/-innen, sondern auch mit den Hochschulsenaten und den Dekan/-innen. Jede Hochschule konnte zusätzlich der Kommission einen Selbstbericht an die Hand geben. „Alle haben diese Chance genutzt.“

Eine zweite Dialogrunde gab es mit jenen Interessengruppen, denen Burckhart in der Kommission keinen Sitz und Stimme einräumte. Ihre Ideen präsentierten die Kammern, die Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit, Landes-ASten-Konferenz, Hochschulräte und der Hauptpersonalrat in einer ganztägigen Sitzung in Mainz. Die rheinland-pfälzischen Studierendenwerke, sicherlich die strategisch engsten Partner der Hochschulen, blieben unverständlicher Weise bis zum Schluss außen vor – sie haben sich letztlich auf eigenes Betreiben mit ihren Ideen zu Wort gemeldet.

Nach einem Jahr Arbeit übergab die Kommission ihr rund 60 Seiten starkes Zukunftsprogramm den Leitungen der rheinland-pfälzischen Hochschulen und dem Wissenschaftsminister, Prof. Dr. Konrad Wolf (SPD).

Inhalte der Pläne ähneln sich

„Inhaltlich haben wir uns ganz dicht an den zentralen Themen der Hochschulen und ihren Chancen gehalten“, resümiert Burckhart. Deshalb ging es um Studium und Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung, Internationalisierung, Digitalisierung, Innovation in der Region, Kooperation, Transfer und Governance, Campus Management und um Kommunikationsstrategien. Eigentlich also die Klassiker, die in allen Ländern aufgerufen sind. Den Hochschulverbänden und -regionen, als Chance für mehr Kooperation, widmet der Masterplan sein Abschlusskapitel.

Natürlich wollte Burckhart wissen, ob sich die Arbeit gelohnt hat. „Nach einem Jahr bin ich in die Landesrektorenkonferenz gegangen und habe dort gefragt, wie ist es gelaufen, was hat sich verändert?“ Die Hochschulleitungen zogen eine durchaus gemischte Bilanz: Für sie dauern die Veränderungen viel zu lange, so ihre ungeduldige Ansage. Bei den bereitgestellten Ressourcen bleibe die Praxis hinter den Vorschlägen der Kommission zurück, und bei den Stellenplänen sowie in den Berufungsverfahren mische das Land immer noch kräftig mit. „Mir hat diese Debatte eins gezeigt: Das Zukunftsprogramm haben die Hochschulen als das ihrige angenommen. Es ist zum Maßstab geworden, um Forderungen an das Wissenschaftsministerium zu adressieren“, bilanziert Burckhart.

Der Siegener Rektor ist überzeugter Verfechter der Hochschulautonomie. Dass gemeinsam erarbeitete Zukunftspläne diese beschneiden, sieht er nicht. Schließlich gebe es eine „Systemverantwortung“ der Länder. „Sie

müssen die Hochschulen in die Lage versetzen, dass sie wirklich auch funktionieren können.“ Gerade weil die Länder die „Hochschulen nicht übersteuern dürfen“, plädiert die Kommission dafür, in Rheinland-Pfalz den landesweiten Dialog zu intensivieren. Konkret: Jetzt soll ein Hochschulforum unter Beteiligung von Land und Hochschulleitungen als Koordinierungs- und Austauschplattform entstehen. Für diesen Vorschlag gibt es viel Zustimmung im Land. Einen vergleichbaren, institutionalisierten Dialog führt seit einigen Jahren auch das Wissenschaftsministerium in Hessen mit seinen 38 Hochschulen.

Zielvereinbarungen wie eine Steuererklärung

Für Prof. Dr. Frank Ziegele, Geschäftsführer des Zentrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh, ist Hessen ein gutes Beispiel, wie funktional angelegte Steuerung funktionieren kann. „Idealtypisch sollte es ja so laufen: Die Hochschulen erarbeiten autonom ihre Entwicklungspläne. Das Land definiert seine übergeordneten Ziele und dann kommen beide zusammen und handeln in einer Zielvereinbarung, die über mehrere Jahre Bestand hat, aus, was sie gemeinsam bewegen wollen.“ Vergleichbar mit einem Ping-Pong-Spiel, wo es nicht ganz unwichtig ist, wer den ersten Aufschlag macht.

Ziegele weiß natürlich, dass es nicht immer so vorbildlich läuft. „Da passiert es, dass ein Land einen Katalog von 20 unterschiedlichen Themen vorgibt, und die Hochschulen füllen dann ihre Zielvereinbarung wie eine Steuererklärung aus.“ Ein Planungsinstrument, über das es keinen Dialog, keine Verhandlungen gibt, macht für den CHE-Chef keinen Sinn. „Wir sind doch weg von der Hochschule als nachgeordnete Behörde, die Anweisungen entgegennimmt.“ In partnerschaftlichen Ansätzen geht es letztlich darum, „die Balance zu finden zwischen den politischen Steuerungen, die notwendig sind, und der Autonomie der Hochschulen.“

Dass Vorgaben per ministeriellem Erlass oder kamekeralistischer Haushaltsführung immer öfter passé sind, hat für ihn auch mit der starken Professionalisierung des Hochschulmanagements zu tun. Ziegele kennt diese Entwicklung sehr gut, bereitet er doch an der Hochschule Osnabrück in einem MBA-Studiengang Wissenschaftsmanagement genau für diese Aufgaben vor. Beim Personal in den Wissenschaftsministerien sieht er dagegen noch Klärungsbedarf. „Wie sieht die neue Rolle eigentlich aus? Was ist ihr Leitbild - bei einer entfesselten Hochschule? Was macht dann das Ministerium noch?“, listet der CHE-Mann seine Fragen auf.

Wohin für ihn die Reise gehen soll, deutet Ziegele an, indem er beschreibt, dass Mitarbeiter/-innen der Ministerien sich als „Ermöglicher, Impulsgeber, Weichensteller oder Koordinatoren in einem wettbewerblichen System“ verstehen sollten. Ob so viel Rollenwechsel bei den Beamten/-innen ankommt? Denn: Egal wie partnerschaft-

lich das Verhältnis von Hochschule und Wissenschaftsministerium ist, am Ende bleibt als Fakt: Der eine hat das Geld, das der andere haben will.

Die Zukunftsagenda aus Bayern

Um viel Geld, genauer gesagt um ein bis zwei Milliarden Euro für die Hochschulen, ging es im Bayerischen Landtag am 10. Oktober 2019. An jenem Donnerstag verkündete Ministerpräsident Markus Söder (CSU) seinen „wichtigen Zukunftsplan“, die „Hightech Agenda Bayern“. Er verfolge drei Ziele: „Mehr Freiheit an der Hochschule wagen, Potenziale wecken und die besten Köpfe nach Bayern lotsen.“

Die Leitungen der 32 bayerischen Hochschulen strahlten nach der Söder-Rede im Münchener Maximilianeum. So viel Unterstützung war schon lange nicht mehr. Völlig überrascht hat sein 14-Punkte-Plan „Hightech Agenda Bayern“ die Präsidentinnen und Präsidenten allerdings nicht. Prof. Dr. Uta M. Feser, Vorsitzende von „Hochschule Bayern“, dem Zusammenschluss der bayerischen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und Präsidentin der Hochschule Neu-Ulm, berichtet von Gesprächen im bayerischen „Innovationsbündnis Hochschule 4.0“, in welchem der Freistaat und die bayerischen Hochschulen sich austauschen. „In den letzten Verhandlungsrunden im Wissenschaftsministerium ging es um unsere Stärken und Schwächen. Daraus entwickelte sich unser Zukunftsprogramm. Wir haben gesagt, was passieren muss, damit die Hochschulen in Bayern in der Breite wettbewerbsfähiger werden“, berichtet Feser.



Prof. Dr. Peer Pasternack
Direktor des Instituts für
Hochschulforschung
(HoF) an der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg

**»Politik steht immer unter
Rechtfertigungsdruck. Sie braucht eine
strategische Vorstellung. In der
Hochschulpolitik sind das dann
entweder Zukunftspläne oder
Hochschulgesetze«**



Prof. Dr. Frank Ziegele
Geschäftsführer des Centrums
für Hochschulentwicklung (CHE)

»Idealtypisch sollte es so laufen: Die Hochschulen erarbeiten autonom ihre Entwicklungspläne. Das Land definiert seine übergeordneten Ziele und dann kommen beide zusammen und handeln aus, was sie gemeinsam bewegen wollen«

Vieles, was in der „Hightech Agenda Bayern“ aufgelistet ist, sind Bestandteile des Innovationsbündnisses und der Zielvereinbarungen. „Das haben wir zusammen mit dem Wissenschaftsministerium entwickelt und auf Umsetzungschancen hin überprüft. Deshalb waren die Inhalte der Regierungserklärung für uns nicht völlig überraschend, sie haben aber unsere Erwartungen übertroffen.“ Markus Söder selbst stand für ein Interview im DSW-Journal leider nicht zur Verfügung.

Zielprojektionen werden niemals vollständig umgesetzt

Die Hochschulsteuerung mit Hilfe von Zukunftsplänen ist nach Einschätzung des Hochschulforschers Peer Pasternack durchaus erfolgreich. „Man darf nur nicht



Lasse Emcken
Sprecher der Konferenz
Sächsischer Studierendenschaften (KSS)

»Wenn ein Hochschulentwicklungsplan nur ein Instrument ist, um Regierungspositionen durchzusetzen, dann macht er keinen Sinn«

die Vorstellung haben, dass irgendeine Zielprojektion auch vollständig umgesetzt wird. Das wäre eine völlig unrealistische Annahme.“ Und in der Tat: Wissenschaftsministerien müssen mit eigensinnigen Hochschulen zurechtkommen, die sich quer stellen, Protest organisieren, oder Dinge einfach unterlaufen. „Es werden immer neue Einwände erfunden, wenn man nicht überzeugt ist.“

Es muss auch keineswegs negativ sein, problematischen Zielvorgaben entgegenzuwirken, wie Pasternack am Beispiel der Bologna-Reform illustriert. Für ihn steht fest, dass die Hochschulen unter dem Druck der Bologna-Vorgaben nur deshalb nicht „krachend in sich zusammengefallen sind“, weil sie zum Teil auch an alten Routinen festgehalten haben. „Wenn sie alle Zielvorgaben, wie Kompetenzorientierung oder Employability eins zu eins umgesetzt hätten, dann gäbe es heute keine Hochschulen mehr, sondern nur noch Berufsschulen höherer Art.“

Rückblick und Fazit

Vor 24 Jahren ging der erste Hochschulentwicklungsplan an den Start – in Berlin. Seitdem hat sich in der Hochschulsteuerung durch die Länder viel getan. Klassische Instrumente der Planung – Masterpläne für das Gesamtsystem, Zielvereinbarungen mit den Hochschulen und Landeshaushalte mit dem Hochschuletat – gibt es in fast allen Bundesländern. Diese Grundarchitektur der Steuerung hat sich durchgesetzt. Also alles gut? Nein leider nicht, weil es immer noch Wissenschaftsministerien gibt, die meinen, die Hochschulen an der kurzen Leine führen zu müssen. Das ist daneben. Die Ministerien müssen erkennen: Durchregieren funktioniert nicht mehr. Die Länder-Beamtinnen und -Beamten müssen sich davon verabschieden, in Hochschulen nur untergeordnete Behörden zu sehen.

Denn das Wissenschaftsmanagement an den Hochschulen hat viel zu sehr an Qualität und Format gewonnen. Jetzt geht es darum, den Dialog auf Augenhöhe zu führen. Das klappt auch ganz gut, wie die Beispiele hier zeigen.

Aber auch die Hochschulen müssen mehr bieten, als die Monstranz „Hochschulautonomie“ vor sich herzutragen. Eine völlige Unabhängigkeit vom Land, geschweige denn politisches Desinteresse des Landes, sollte es jedenfalls nicht geben. Mit den bewährten Steuerungsinstrumenten zu jonglieren, das ist angesagt, und dazu gibt es keine Alternative.



DER AUTOR

Dr. Klaus Heimann ist freier Journalist, Berater und Moderator in Berlin. Er schrieb fürs DSW-Journal schon über das duale Studium, die wissenschaftliche Weiterbildung und Hochschul-Verbände

NACHGEFRAGT

»Wir neigen zu einer fatalen Überadministrierung«

Prof. Dr. Lambert T. Koch, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal und Sprecher der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW



In NRW gibt es seit dem Wintersemester 2019/2020 ein neues Hochschulgesetz, welches Ihre Landesrektorenkonferenz der Universitäten als Abkehr von einem bürokratischen Landeshochschulentwicklungsplan feiert.

Feiern wäre das falsche Wort. Aber sicher waren die Erwartungen an einen allumfassenden Landeshochschulentwicklungsplan zu hoch. In einem solchen Plan jede Aktivität einer jeden Hochschule in unserem großen Bundesland aufeinander abstimmen zu wollen, ist eine überkomplexe Aufgabe. Was daher am Ende herauskam, war zu wenig Konkretes und waren zu viele Allgemeinplätze. Jetzt schließt jede Hochschule mit dem Wissenschaftsministerium eine individuelle Vereinbarung zu ihren strategischen Zielen ab. Damit weiß das Land auch ohne Zentralplanung, was an seinen Hochschulen läuft - ohne unnötigen bürokratischen Aufwand. Insofern darf das Wort autonom nicht falsch verstanden werden.

Agieren die Hochschulen denn vorher in einer Misstrauenskultur?

Die Hochschulen haben in der Tat manches im alten Hochschulzukunftsgesetz mit Misstrauen beäugt. Das Wissenschaftsministerium hatte sich manche zweifelhaften Befugnisse vorbehalten. Beispielsweise gab es die sogenannten Rahmenvorgaben, um im finanziellen und personellen Bereich durchzuregieren. Es gab die Möglichkeit, Mittel einzubehalten, wenn die Hochschulen die Ziele der Planung nicht erreichten. Auch wenn de facto von diesen Daumenschrauben kaum Gebrauch gemacht wurde, gab es sie. Und das hat das gegenseitige Vertrauen belastet. Wir wollen als Hochschulen zeigen, dass wir mit der wiedergewonnenen Freiheit umgehen können. Der mit dem Gesetz verbundene Vertrauensbeweis tut uns gut, er motiviert.

Sind Hochschulentwicklungspläne grundsätzlich überflüssig?

Wir neigen in Deutschland zu einer fatalen Überadministrierung, die vielfach auch die Hochschulen nicht auslöst. Planung ist per se gut, aber noch mehr Kontrolle überflüssig. Schon jetzt sind wir überaus transparente Institutionen. Akkreditierungsverfahren sichern die Qualität des Studiums, Landesrechnungshöfe schauen auf eine sparsame Mittelverwendung und Projektträger kontrollieren die antragsgerechte Durchführung von Forschung. Zudem haben die Hochschulen selbst ein gründliches Controlling. Wir werden von allen Seiten durchleuchtet. Muss eine Ministerialverwaltung dies alles doppeln? Ich meine, hier lassen sich Steuermittel einsparen.

Bedeutet Planung immer auch gleich mehr Bürokratie?

Es gibt gute und wichtige Gründe für ein Land, hochschulpolitische Entscheidungen zusammenzuführen. Es kann notwendig sein, Interessen zu bündeln und auszutarieren. Daher entzieht sich selbstverständlich keiner von uns einem gezielten Dialog zwischen den Hochschulen und dem Wissenschaftsministerium. Bildung und Wissenschaft autonomer zu betreiben, widerspricht nicht den Interessen von Politik und Gesellschaft, sondern kommt ihnen entgegen. Denn die einzelnen Hochschulen wissen meist viel genauer, was sie besonders gut können, wo sie stark sind und wie sie ihre PS am besten auf die Straße bringen. ■

Lambert T. Koch bewertet es positiv, dass das Wissenschaftsministerium sich aus der Detailsteuerung Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zurückzieht. Auf einen Landeshochschulentwicklungsplan verzichtet die CDU-FDP-Koalition ausdrücklich im neuen Hochschulgesetz. Stattdessen setzt sie auf strategische Ziele, auf eine hochschulübergreifende Aufgabenverteilung, Schwerpunktsetzungen und Profilbildungen. Strategische Ziele seien „hochschulaffiner und dem Komplexitätsniveau des Hochschulsystems adäquat“, heißt es in der Gesetzesbegründung. Hier erläutert Koch, welche Chancen er dem neuen Planungsinstrument einräumt.

»WIR WOLLEN ALS HOCHSCHULEN ZEIGEN, DASS WIR MIT DER WIEDERGEGWONNENEN FREIHEIT UMGEHEN KÖNNEN«

#historisch wohnen

GOLDENER TURM REGENSBURG

Einmal im Studium hoch in den Goldenen Turm: Das Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz hat eines der ältesten und kulturhistorisch wertvollsten Studierendenwohnheime Deutschlands

TEXT: Marijke Lass FOTOS: Kay Herschelmann



Die Studierenden Pia, Julius, Romane und Jonathan (v. l. n. r.) haben noch gut Lachen und ausreichend Puste. Die 152 Stufen, die zum Turmzimmer mit den bemalten Wandtafeln aus dem 16. Jahrhundert in 50 Meter Höhe führen, stehen ihnen noch bevor.

Alex Guthrie kann es kaum fassen: „It's like walking in a fairy tale“, schwärmt die amerikanische Austauschstudentin aus Colorado. Seit September 2019 ist sie in Regensburg, und seitdem fühle sie sich wie in einem Märchen, wenn sie durch Regensburg laufe, sagt die 20-Jährige, die an der Universität Regensburg „Applied Mathematics“ und „German Business“ studiert, begeistert. Der heutige Tag mit dem Aufstieg in den Goldenen Turm ist für sie das Sahnehäubchen. Alex ist eine von 18 Studierenden, die heute ausnahmsweise in die Turmspitze eines der bedeutendsten Wahrzeichen Regensburgs hinaufsteigen dürfen. Selbstverständlich ist das nicht, denn der um 1250 von einer wohlhabenden Patrizierfamilie gebaute Turm ist normalerweise nicht öffentlich zugänglich. Der Turm und der mit ihm verbundene Gebäudekomplex, die in achteinhalb Jahrhunderten entstanden sind, beherbergen ein Studierendenwohnheim des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz mit 43 Zimmern. Der Aufstieg in den Turm ist nur möglich, wenn man durch die Wohntrakte der Studierenden geht. Daher organisiert das Studentenwerk jeweils zu Beginn eines jeden Semesters einen einzigen Begehungstermin – ausschließlich für Bewohnerinnen und Bewohner der Studentenwohnheime Goldener Turm und Untere Bachgasse.

Es ist 7:45 Uhr an einem diesigen, kalten Dienstag im November 2019. Im Gemeinschaftssaal des Altstadt-Studierendenwohnheims haben sich die Studierenden eingefunden, die die 152 Stufen in den Goldenen Turm hinaufsteigen wollen, um ein bisschen Stadtgeschichte zu erleben. „Der Goldene Turm ist älter als Amerika. Du kannst heute etwas ganz Besonderes sehen und erleben“, erklärt der 18-jährige Julius Krapf seinem Mitbewohner Jonathan Andrews schmunzelnd. Jonathan ist wie Alex aus Colorado und seit Beginn des Wintersemesters 2019/2020 in Regensburg. Er ist „pleasantly surprised“ von der Stadt. Für ihn ist – anders als für die denkmalverwöhnten, alteingesessenen Regensburger – dieses Gebäude sehr außergewöhnlich. Ganz andere Gefühle weckt das Wohnheim Goldener Turm dagegen bei der Französin Romane Lombard. Sie kennt aus Frankreich durchaus viele alte Gebäude und weiß, was es bedeutet, sie zu pflegen und zu sanieren. „Das ist verdammt teuer, umso dankbarer bin ich, in der Innenstadt in einem schönen Altbau wohnen zu können.“ Romane studiert Deutsch-Französische Studien an der Universität Regensburg.

Schwindelerregender Aufstieg

Eine leidenschaftliche Unterstützerin des Wohnheims Goldener Turm und dessen historischer Schätze ist Gerlinde Frammelsberger. Die Geschäftsführerin des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz lässt es sich nicht nehmen, die Studierenden persönlich zu begrüßen und ihnen von der Geschichte des Goldenen Turms zu berichten. Dann übergibt sie an Hausmeister Michael Baldauf, der die erste Kleingruppe mit neun Studierenden quasi an die Hand nimmt und durch das verwinkelte Wohnheim Richtung Turm führt. Schon nach der dritten Biegung sind alle froh, dass der Hausmeister dabei ist. „Für Außenstehende wie mich aus dem benachbarten Wohnheim wirkt das Haus kompliziert, die Treppenhäuser sind verschachtelt, man verliert sich schnell im Innern“, erklärt Nico Pfrommer. Der 22-jährige Student der Medizinischen Informatik an der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg steigt zum ersten Mal auf den Goldenen Turm, obwohl er bereits seit zwei Jahren in Regensburg wohnt. Pflichttermine an der Hochschule standen seinem Turm-Aufstieg bisher immer im Weg. „Aber es ist Tradition, dass man wenigstens einmal während des Studiums hier auf den Turm steigt“, sagt

Nico, der auch Wohnheimtutor für dieses und das Wohnheim Untere Bachgasse ist. „Und wer sich nicht für die alten Wandgemälde im Turmzimmer begeistern kann, kann es aber auf jeden Fall für den tollen Ausblick“, ergänzt er.

Etwas ganz Besonderes sehen und erleben wollen auch die vielen Touristen in Regensburg. Seitdem im Jahr 2006 die UNESCO die Altstadt Regensburg zum Welterbe deklariert hat, „nerven die vielen Touristen vor der Tür und im Hof etwas“, erklärt die 20-jährige Medizinstudentin Pia Huber. Mehrmals am Tag kommen größere Gruppen über die Wahlgasse oder die Untere Bachgasse in den Hof und besichtigen von dort aus die dunkel gestrichenen Holzloggien im ersten Obergeschoss sowie den Goldenen Turm, begleitet von ausführlichen Erklärungen ihrer Stadtführer/-innen. Für Pia sind das zwei Seiten einer Medaille. Auf der einen Seite findet sie es „cool, hier zu wohnen“ und auch irgendwie witzig, dass im Haus alles schief und schräg sei, aber für ihr Medizinstudium brauche sie auch Ruhe zum Lernen.

Wandgemälde aus der Renaissance

Oben angekommen, müssen die Studierenden erst einmal zu Atem kommen. Einzig Hausmeister Michael Baldauf sieht aus, als ob er den Aufstieg öfter praktiziere. Dynamisch geht er zu den vier Fenstern in den Gaubennischen und öffnet die hölzernen Fensterläden. Der Ausblick ist atemberaubend. Nullkommanichts sind alle vier Fenster belegt. Erst nachdem sich alle an dem großartigen Ausblick über Regensburg und die Donau sattgesehen haben, nehmen die Besucherinnen und Besucher die Malereien auf der hölzernen Wandvertäfelung wahr. Die Bilder stammen aus der Renaissance und zeigen meist unbedeckte weibliche und männliche Figuren. Sie könnten Tugenden und Laster darstellen, erklärt Dr. Eugen Trapp vom Amt für Archiv und Denkmalpflege der Stadt Regensburg. Belegbar sei das aber nicht. Jura-student Julius findet es jedenfalls total interessant, dass es noch alte Wandbilder hier gibt. „Das sieht man schließlich nicht alle Tage“, sagt er, nachdem sein prüfender Blick das rund 21 Quadratmeter große Turmzimmer gesannt hat.

Die Studierenden haben ihre Mobiltelefone gezückt und beleuchten die Wandgemälde. Die Figuren auf den Wandtafeln sind nicht besonders gut zu erkennen, weil dunklere Töne aus Temperafarben verwendet wurden und die Tafeln außerdem jahrelangen klimatischen Schwankungen ausgesetzt waren. Den Rest haben nutzungsbedingte Kratzer, Löcher und Einritzungen bewirkt. Alles in allem hat die Zeit ihre Spuren hinterlassen.

Studentenwerk mit Weitblick

Der Goldene Turm hat seit seiner Entstehung in der Mitte des 13. Jahrhunderts mehrere Bauphasen durchlaufen. Zuerst wurde er viergeschossig gebaut, dann im späten 13. Jahrhundert um vier weitere Geschosse aufgestockt. Als um 1600 das ursprünglich von Zinnen eingefasste Flachdach durch das heutige Pyramidendach ersetzt wurde, dürfte die Dachstube vermutlich auch ihre bemalte Vertäfelung erhalten haben.

1983 erwarb das Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz den Turm und die anliegenden Gebäudekomplexe, damals noch für unglaubliche eine Million D-Mark: aus heutiger Sicht ein unvorstellbar niedriger Preis. Doch solch ein historisches Erbe muss auch unterhalten und gepflegt werden. Denn „von innen sieht es schon ein bisschen 1980er-Jahre-mäßig aus, eben etwas old fashion“, erklärt Julius. Das



Nico Pfrommer

»Es ist Tradition, dass man wenigstens einmal während des Studiums hier auf den Turm steigt«

Nico Pfrommer, 22, Wohnheimtutor und Student der Medizinischen Informatik an der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg



Alex Guthrie

»It's like walking in a fairy tale«

Alex Guthrie, 20, Austauschstudentin aus Colorado, studiert Applied Mathematics und German Business an der Universität Regensburg

Hausmeister Michael Baldauf (Foto rechts) kümmert sich seit 35 Jahren um die Wohnheime des Studentenwerks. Er kennt das Turmzimmer mit seinen Gemälden und Inschriften wie seine Westentasche.



Jurastudent Julius wohnt in einer WG mit einer Küche, die eine Kombination aus 1980er-Jahre-Stil und uralten Wänden, Dachbalken und Türrahmen ist.



Medizinstudentin Pia findet es „richtig cool“ im Studentenwohnheim Goldener Turm.



Wohnheimtutor Nico Pfrommer ist immer der erste Ansprechpartner für die Studierenden.



Medizinstudentin Pia und Hausmeister Michael Baldauf lesen interessiert die „Graffiti“, die ehemalige Besucherinnen und Besucher des mehrere Jahrhunderte alten Turmzimmers hinterlassen haben.



Nico, Romane, Julius, Pia und Jonathan sind alle zum ersten Mal im Turmzimmer des Goldenen Turms.



Austauschstudntin Alex Guthrie aus den USA ist begeistert: Allein der Weg bis in den Turm ist schon ein kleines Abenteuer.





Jonathan kommt aus den USA, studiert für ein Jahr Internationale Beziehungen und Deutsch in Regensburg – und wohnt in einer 8er-WG im Studentenwohnheim Goldener Turm.



Die Studierenden Pia (links) und Romane sind schwer beeindruckt von dem spektakulären Ausblick – sowohl auf die Stadt Regensburg als auch auf die alten Wandmalereien.

sondern auch mit Weitblick schon in den 1980er Jahren über seinen gesetzlichen Auftrag hinaus in kultur- und zeitgeschichtliches Gut investiert und damit einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der mittelalterlichen Stadt Regensburg geleistet habe. „Davon profitieren heute Studierende und Gesellschaft in gleichem Maße“, erklärt Blomeyer.

Eigentum verpflichtet

Dies ist übrigens nicht die erste Investition, die in diesem Altstadt-Studentenwohnheim getätigt werden musste. Vor einigen Jahren sackten die Seitengebäude ab. Der komplette angrenzende Straßenzug auf der Westseite befindet sich auf „schwierigem Terrain“. „Früher befand sich hier die Westflanke des römischen Legionslagers mit Mauer und dahinterliegendem Graben“, erklärt Experte Trapp. „Und bevor man die Wahlenstraße monumental bebaut hat, hat man in hochmittelalterlicher Zeit den Graben mit heterogenem Material verfüllt“, so Trapp weiter. Da wurde das ein oder andere, das nicht mehr gebraucht wurde, in den Graben geschmissen und so entsorgt. Da es sich also nicht um gewachsenen Boden handele und sich der Untergrund bei Hochwasser vollsauge, gebe es immer mal wieder Absackungen und statische Probleme.

Trotz all dieser Schwierigkeiten und damit verbundenen Kosten ist sich Studentenwerks-Geschäftsführerin Frammelsberger sicher, dass sich diese Investition lohnt: „Der Goldene Turm ist kultur- und zeitgeschichtlich einfach sehr interessant und es ist unsere Pflicht als Eigentümer, uns um den Erhalt des Turms und von allem, was drin ist, zu kümmern.“ Und darin einbezogen sind auch die „Graffiti“, die eingeritzten oder mit unterschiedlichen Stiften, Kreiden und Farbe ausgeführten Inschriften, die von Besucherinnen und Besuchern im Laufe der Jahrhunderte im Turmzimmer hinterlassen wurden. Die älteste bisher gefundene und eingeritzte Inschrift stammt aus dem Jahr 1702.



DIE AUTORIN

Marijke Lass ist schwer angetan vom Studierendenwohnheim Goldenen Turm. Wenn sie nicht davon träumt, was und wo sie heute am liebsten studieren würde, arbeitet sie als Journalistin und Lektorin in Berlin. www.mediamondi.de



Dr. Christian Blomeyer

»Das Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz hat mit Weitblick schon in den 1970er-Jahren über seinen gesetzlichen Auftrag hinaus in kultur- und zeitgeschichtliches Gut investiert. Davon profitieren heute Studierende und Gesellschaft in gleichem Maße«

Dr. Christian Blomeyer
Kanzler der Universität Regensburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz



Gerlinde Frammelsberger

»Der Goldene Turm ist kultur- und zeitgeschichtlich einfach sehr interessant und es ist unsere Pflicht als Eigentümer, uns um den Erhalt zu kümmern«

Gerlinde Frammelsberger
Geschäftsführerin des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz

Fotos: Kay Herschelmann | Universität Regensburg | Restaurierungswerkstatt Landskron (rechts)

Mensa- Übernahme

VEGGIE-KOCHWETTBEWERB

„Mensa-Takeover: Studis kochen grün“: Wie das Studentenwerk Gießen gemeinsam mit dem AStA der Universität Gießen vegetarische Lieblingsgerichte groß rausbringt

TEXT: Heike Hucht FOTOS: Charles Yunck

Nee nee nee, gekocht haben wir, aber der Chef ist auch ganz toll“, stellt Erik Förster bei der wartenden Kundschaft klar. Während er lockerflockig Basmatireis auf die Teller schöpft, erntet er für seine Schlagfertigkeit mehr als nur einen Lacher, vor und hinter der Ausgabetheke in der Gießener Mensa Otto-Behaghel-Straße (OBS) des Studentenwerks Gießen. Der 23-jährige, der an der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLU) Psychologie studiert, ist zwischen Gastro-Normbehältern und dampfendem Essen offenbar voll in seinem Element. Mitstreiterin Paulina Niederhöfer muss ebenfalls grinsen. Die 24-Jährige steht neben ihm und verpasst dem Reis mit ihrem Kichererbsen-Tikka-Masala eine dampfende curryfarbene Haube mit grünen Koriandersprenkeln. Würde die Studentin heute nicht in der OBS mitanfassen, säße sie am Schreibtisch vor ihrer Bachelor-Arbeit: Endspurt im Studiengang Social Media Systems an der Technischen Hochschule Mittelhessen (THM) in Gießen. „Am besten nehmt ihr auch den Salat und das Dessert mit. Die stehen nebenan und sind beide superlecker!“, schaltet sich Verkaufstalent Erik wieder ein. Showtime mittags um kurz nach zwölf.

Knackpunkt Großküchen-Tauglichkeit

Arbeitsbeginn war für die Gewinner des Kochwettbewerbs „Mensa-Takeover: Studis kochen grün“ des Studentenwerks Gießen bereits vor sechs Stunden, pünktlich zur täglichen Teambesprechung in der Großküche. Eigentlich wären die Studierenden an diesem November-Dienstag im Jahr 2019 zu dritt angetreten. Carina Baier, Siegerin in der Kategorie Dessert mit der Kreation „Creme à la Spaghetti“, kann heute allerdings nicht dabei sein. Eine wichtige Lehrveranstaltung an der Hochschule Fulda hat Vorrang. Beim Probekochen vor ein paar Wochen stand sie aber ebenso am Herd wie die anderen acht Studierenden, deren Gerichte beim Online-Voting am besten abgeschnitten hatten.

Über insgesamt 30 Rezepte ihrer Kommilitoninnen und Kommilitonen durften die mehr als 55.000 Studierenden von JLU, THM und Hochschule Fulda abstimmen. Voraussetzung war: Alle Gerichte sollten vegetarisch, mit regionalen Zutaten und mensatauglich sein. Vor allem die Umsetzbarkeit in der Mensa-Großküche entpuppte sich als Knackpunkt. 13 der 43 eingereichten Rezepte blieben nach Prüfung durch die Expertinnen und Experten des Studentenwerks auf der Strecke. „Manche Vorschläge wären in der

Gemeinschaftsgastronomie nicht umsetzbar oder einige Zutaten nur saisonal verfügbar“, erläutert Annabell Diehl, stellvertretende Leiterin Hochschulgastronomie des Studentenwerks Gießen.

Von den 30 Gerichten, die im Sommer 2019 vier Wochen zur Online-Wahl standen, waren 21 Hauptspeisen. Außerdem konnten sich die Studierenden zwischen vier Vorspeisen und fünf Desserts entscheiden. Im nächsten Schritt ermittelte dann eine Jury beim Probekochen die besten drei aus den Top 9. Abstimmen durften neben den Probeköchinnen und -köchen auch Annabell Diehl vom Studentenwerk und die Food-Bloggerin Hannah Brunnbauer. Ebenfalls Teil des Gremiums waren Arne Krause und Tobias Pipp von der Studierendenvertretung. Sie hatte im Frühjahr den Anstoß für den Wettbewerb gegeben. Genauer: „Das Ökologie-Referat des AStA der JLU ist mit der Idee zum Kochwettbewerb auf uns zugekommen. Zusammen haben wir sie in enger Abstimmung weiterentwickelt“, berichtet Eva Mohr, Leiterin Unternehmenskommunikation des Studentenwerks Gießen.

Kreativer Input für vegetarisches Mensaessen

Das gemeinsame Ziel der Kooperationspartner: die Wünsche der Studierenden noch besser im Speiseplan abzubilden. Und warum die Konzentration auf vegetarische Gerichte? „Ganz im Sinne des steigenden Bewusstseins für die Klimaproblematik möchten wir auf diese Weise demonstrieren, wie lecker fleischlose Alternativen mit geringerem CO₂-Fußabdruck sein können“, sagt Arne Krause vom Ökologie-Referat des AStA. Langfristiges Ziel sei es, so dessen Mitstreiterin Julia Regele, mehr vegetarische Gerichte in die Mensa zu bringen. Auch das spielt dem Studentenwerk Gießen in die Karten. „Wir wissen“, sagt Eva Mohr, „dass unsere Gäste überdurchschnittlich häufig zu Speisen ohne tierische Komponenten greifen. Kreativer Input für neue Speisen, die mensatauglich sind, ist also stets willkommen.“ Damit keine Rezeptidee verloren geht, hat der AStA alle Einsendungen zu einem Kochbuch zusammengefügt. Das 54-seitige Werk ist sowohl digital als auch gedruckt zu haben. Das Geld für Layout und Druck stammt ebenso aus den Töpfen der Studierendenvertretung wie die Gebühr für eine Gesundheitsschulung der Wettbewerbsfinalist/-innen. Die Werbe- und Lebensmittel für das Probekochen hat das Studierendenwerk beigesteuert. Bei dem Testlauf in einer der kleineren Mensen des Studentenwerks Gießen ging es vor allem darum abzuklopfen, ob und wie gut die



**SERIE: STUDIS
MACHEN MENSA**
Teil 6

Großküche live – ein spannendes Erlebnis für die Studierenden, digital festgehalten mitten im Geschehen: Paulina Niederhöfer und Erik Förster in der Gießener Mensa Otto-Behagel-Straße.



Annabell Diehl

»Die Idee, Studierende an der Speiseplangestaltung teilhaben zu lassen, ist gut! Wir finden es wichtig, kreativen Input direkt von der Zielgruppe zu erhalten«

Annabell Diehl, stellvertretende Leiterin Hochschulgastronomie beim Studentenwerk Gießen



Ralf Stobbe

»Vegane und vegetarische Speisen sind schon lange kein „Dann-lassen-wir-halt-das-Fleisch-einfach-weg-Essen“ mehr, sondern kreative, wohlschmeckende Gerichte«

Ralf Stobbe, Geschäftsführer des Studentenwerks Gießen

Gerichte tatsächlich funktionieren. Und natürlich, wie sie ankommen.

Rezept aus Thailand, Kohlrabis aus der Region

Jedes Jurymitglied durfte fünf Punkte vergeben. „Das Ergebnis war in allen Kategorien denkbar knapp“, berichtet Eva Mohr. „Besonders interessant fanden wir, dass nur eine Teilnehmerin sich ausschließlich vegetarisch ernährt. Alle anderen sind Flexitarier, die Lust haben auf gutes fleischloses Essen.“ So geht es auch Erik Förster, dessen asiatisch inspirierter Kohlrabisalat sich in der Disziplin Vorspeise durchsetzte. Das Rezept stammt aus einem Kochkurs, den er im Thailand-Urlaub besucht hatte. Den originalen Hauptdarsteller, die grüne Papaya, hat er nach einigem Tüfteln durch den regionalen Kohlrabi ersetzt. Dass er seine Kreation hier und heute in der größten Mensa Gießens in XXL-Menge zubereiten und ausgeben darf, findet er „echt spannend“. Um kurz vor halb neun hat er sich bereits bis zu den Tomaten vorgearbeitet. Mal eben zwei Früchte oder ganze zwei Kilo in klitzekleine Stücke schneiden: Das eine ist fix erledigt, das andere zieht sich. „Zuhause geht’s schneller“, sagt Erik augenzwinkernd, während er sich geduldig eine Tomate nach der anderen vorknöpft. Mindestens alle zwei bis drei Tage werkelt der geübte Hobbykoch gemeinsam mit seinen drei Mitbewohnern in der WG-Küche. „Als Kind wollte ich unbedingt Koch werden“, verrät er.

Nach den Tomaten ist vor den Erdnüssen. Die müssen noch zerkleinert werden und sollen dem Salat einen leicht süßlichen „Crunch“ geben. Vorher möchte Erik unbedingt abschmecken. „Ganz gut“, findet er das vorläufige Ergebnis. Das findet auch Christine Zahn, seit 28 Jahren Mensaköchin und verantwortlich für die Salatstation, wo sie heute die erste Ansprechpartnerin des Studenten ist. „Ich hätte nicht gedacht, dass man aus Kohlrabi so etwas Interessantes machen kann“, sagt sie anerkennend.

Mehr als die Hälfte vegetarisches und veganes Essen

Einige Meter weiter pflügt Paulina Niederhöfer durch ihr Kichererbsen-Tikka-Masala, das in einem der bade-wannengroßen Bräter köchelt. Das Rezept ist ein Mit-bringsel aus Sri Lanka. Leicht abgewandelt, mit Kicher-erbsen statt Hühnchen, war es „das erste, das mir einge-fallen ist, als ich den Aufruf zum Kochwettbewerb auf einem Schild in der Cafeteria gesehen habe“, berichtet die Studentin. Curry-Fan Paulina ist ebenfalls Teilzeit-Vegetarierin. Wenn bei ihr daheim Fleisch in die Pfanne komme, dann nur von Tieren aus artgerechter Haltung. In der Mensa isst sie überwiegend vegetarisch. Ein Trend, der sich vor allem in der OBS deutlich abzeichne, so Annabell Diehl vom Studentenwerk. „Hier liegt der Anteil unseres vegetarischen und veganen Angebots regel-mäßig bei deutlich über 50 Prozent. Wir gehen fest davon aus, dass die Nachfrage in Zukunft noch wachsen wird.“ Nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stu-

Fotos: Studentenwerk Gießen, Charles Yunck





dentenerwerks, auch die beiden Studierenden sind sehr gespannt, wie gut ihre Gerichte heute ankommen. Unter anderem stecken darin 30 Kilogramm Kichererbsen und acht Kilogramm Kohlrabi. Paulinas Zwischenfazit: „Ich hätte nicht gedacht, dass es so viel Spaß machen würde, in dieser Menge zu kochen!“ Den einen oder anderen Kniff, zum Beispiel wie man bündelweise Koriander superfix in streuselfeine Stücke hackt, zeigt ihr Mostefa Ayachi. Von der Studentin wiederum guckt sich der erfahrene Mensakoch das Rösten der Gewürze ab. Erik lernt unter anderem, wie es gelingt, möglichst kleckerfrei kleine Gläschen zu befüllen: zuerst beim Portionieren seines Salats, danach hilft er an der Dessertstation. Zwei Mensa-Mitarbeiterinnen haben dort nach Carina Baiers Rezept „Creme à la Spaghetti“ zubereitet. Anschließend geht es vor die Kulissen an die randvoll gefüllten Wärmebehälter. Bis jetzt sind alle hochzufrieden. „Die Studierenden fühlen sich offenbar wohl und die Mitarbeiter ebenfalls. Läuft gut“, findet Annabell Diehl vom Studentenwerk. Auch beim Ausgeben der Hauptspeise ab halb zwölf zeigen Erik und Paulina vollen Einsatz. Besonders die Entertainer-Qualitäten des Psychologie-Studenten machen Eindruck.

Ausverkauft und gelobt

Nach knapp anderthalb Stunden ist das Tikka Masala ausverkauft, nur noch wenige Salat- und Dessertgläschen stehen in der Selbstbedienungsvitrine. Bei der Kalkulation von Mengen und Preisen hat sich das Studentenwerk an anderen vegetarischen Gerichten orientiert. Die Hauptspeise zu 1,90 Euro ist vergleichsweise günstig. Die Creme liegt mit 1,30 Euro etwas über dem üblichen Dessertpreis, die Kohlrabi-Kreation zu 0,60 Euro kostet genauso viel wie ein klassischer Beilagensalat. Zu dem sehr guten Abverkauf habe sicherlich auch die Exotik der Gerichte und die Mitwirkung der Studierenden beigetragen, ist Annabell Diehl überzeugt. Das schönste Kompliment, festgehalten im Feedback-Buch, in dem jeder Mensagast sein Essen kommentieren kann: „Kohlrabisalat, Tikka Masala und die Creme waren der Hammer, bitte ins Sortiment aufnehmen!“ Ein Wunsch, den das Studentenwerk Gießen nach der rundum gelungenen Premiere nur zu gern erfüllt. Und auch eine Neuauflage des Wettbewerbs können sich Studentenwerk und ASTa gut vorstellen. Paulina und Erik wären jedenfalls gerne wieder dabei. Wo kann man schon für so viele Leute genau das kochen, was man selbst am liebsten isst?

„Mensa-Takeover: Studis kochen grün“ online:
www.studentenwerk-giessen.de/news/mensa-takeover-studis-kochen-grün.html
www.asta-giessen.de/mensa-takeover-studis-kochen-gruen/

Die Reportage entstand im November 2019.



Magdalena Schiele

»Der Mensa-Takeover ist eine richtig coole Aktion, damit wird das Essen noch abwechslungsreicher«

Magdalena Schiele, 21, studiert Psychologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen



Jan-Hendrik Appel

»Das vegetarische Tikka-Masala hat mich allein schon optisch angesprochen – eine tolle Farbe, die gleich Appetit macht. Den Salat finde ich auch außergewöhnlich, gerne mehr davon!«

Jan-Hendrik Appel, 24, studiert Ökotrophologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen



DIE AUTORIN

Heike Hucht schreibt am liebsten über Essen und Trinken. Würde sie die Mensa OBS des Studentenwerks Gießen übernehmen, gäbe es eine Pilzpfanne mit Rote Bete, Schafskäse und Thymian-Kartoffeln.

Grüner Senkrechtstarter

KAI GEHRING

Arbeiterkind, Bildungsaufsteiger, Perfektionist: Kämen die Grünen auf Bundesebene an die Macht, wäre Kai Gehring einer der potenziellen Kandidaten für das Amt des Bundesbildungsministers

TEXT: Christine Prubyk FOTOS: Kay Herschelmann

Ob es Zufall war, Fügung oder doch Intuition, die ihn bei den Berliner Jamaika-Verhandlungen vor drei Jahren davor bewahrte, den Balkon zu betreten? Als bündnisgrüner Verhandlungsführer für Bildung und Wissenschaft war er in jenen Herbstwochen des Jahres 2017 vor Ort. Es fehlten nur ein paar Schritte. Und Kai Gehring hätte von der Balustrade der Parlamentarischen Gesellschaft aus die Aussicht aufs Berliner Regierungsviertel genießen können. Er hätte Journalisten zuwinken, gestikulieren oder Gesichter schneiden können, wie es manche auf dem Balkon tatsächlich taten.

Aus Jamaika wurde bekanntlich nichts. Geblieben sind Bilder zum Fremdschämen. Was wäre, wenn Kai Gehring, das Pott-Kind aus Essen, der Bildungsaufsteiger und selbsterklärte Gerechtigkeitsfanatiker, damals den Fuß auf den Balkon gesetzt und nun mit einer Aufnahme von sich in Siegerpose klarkommen müsste?

Gut, es gab schon Arbeiterkinder, die es mit dicker Hose ins Kanzleramt brachten. Aber die waren anders als der selbstreflektierte Kai Gehring. Sie waren machtbewusst bis ins Mark, und sie waren keine Wissenschaftspolitiker. „Wer nur auf die Titelseiten will, der sucht sich nicht die Themen Bildung und Wissenschaft aus“, sagt die grüne Innovationspolitikerin und Bundestagsabgeordnete Anna Christmann. Kai Gehring sagt: „Es gibt nichts Schöneres, als mehr Menschen in diesem Land glücklich zu machen.“

Es ist ein sonniger Freitag im Januar 2020, und der Mann, der die Welt verbessern will, ist wütend. Die Schüsse auf das Wahlkreisbüro des Hallenser SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby liegen erst zwei Tage zurück. Der Berliner Parlamentsbetrieb hat einen Kloß im Hals. Und Kai Gehring hat sich in seinem Berliner Abgeordnetenbüro in Rage geredet: „Die Feinde der Demokratie sitzen im Parlament und bedrohen ganz akut das Leben von Menschen mit Migrationshintergrund und von diskriminierten Personengruppen.“

Als schwuler Politiker und langjähriger Kämpfer für eine offene, vielfältige Gesellschaft kennt sich der 42-Jährige aus mit Anfeindungen, Hetze, Hass – bis hin zu einer Morddrohung. Kai Gehring erhielt sie, nachdem er in einer Fernsehtalkshow für die Ehe für Alle geworben

hatte. „Jetzt erst recht“ – ist seine trotzige Antwort gewesen. Gewachsen ist seine Wut und sein Zorn darüber, dass „solch ein brauner Sumpf nicht ausgetrocknet wird“. Im Februar, nach der Terrorat von Hanau, bei der ein Rechtsradikaler neun Bürger der Stadt erschoss, nur weil sie und ihre Familien Wurzeln im Ausland hatten, fordert Gehring den starken Staat: „Rassismus muss endlich konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.“

Am Tag nach Hanau ist Kai Gehring daheim in Essen und kommt leicht verspätet zum vereinbarten Termin in sein Wahlkreisbüro am Kopstadtplatz. Hinter ihm liegt eine kurze Nacht. Da waren die Morde in Hanau, ja. Aber da waren auch ganz dringend der Entwurf für das nächste kommunale Wahlprogramm und ein wissenschaftspolitischer Meinungsbeitrag für die Wochenzeitung „Die Zeit“ fertigzustellen.

Beides soll sehr gut werden. Wie überhaupt möglichst alles, was er tut, sehr gut werden soll. Dass gut manchmal gut genug ist, übt er gerade. Gehring hat sich selbst im Workaholic-Verdacht und möchte seinen Perfektionismus zähmen. Mit seiner selbstkritischen Ader hat er dagegen kein Problem. Sie verschafft Bodenhaftung und ja: Bescheidenheit. „Die ‚Ich-bin-der-Coolste-und-Beste-Attitüde‘ entspricht mir nicht. Sie turnt mich auch bei anderen ab“, sagt Gehring, „ich will einfach so gut wie möglich meinen Job machen“.

Der Job hat viele Gesichter. Auf Bundesebene ist Gehring seit seinem Einzug in den Bundestag im Jahr 2005 Fachpolitiker. Er ist wissenschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen; er sitzt im Ausschuss für Bildung und Forschung sowie seit 2018 auch im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Daheim in Essen ist er politischer Generalist. Essen – Berlin, Berlin – Essen: 64 Mal hat Gehring allein diese Strecke vergangenes Jahr mit dem Zug zurückgelegt. Auf seinem Instagram-Account gibt es ein Bild von ihm im Zug, mit tiefen Augenringen, aber immer noch lächelnd. Ein Sunnyboy.

Dabei hat es das Schicksal nicht von vorneherein gut gemeint mit Kai Gehring. Als erstes und einziges Kind einer Arzthelferin und eines Elektrikers wird er in Mühlheim an der Ruhr geboren und



Kai Gehring über ...

die deutsche Wissenschaftspolitik: Wissenschaft ist Dreh- und Angelpunkt unserer Gesellschaft. Wie wichtig unser Feld für das Gemeinwohl ist, dafür müssen wir Wissenschaftspolitiker*innen noch lauter werben – an Kabinetttischen, in Parlamenten, Parteien, in der ganzen Gesellschaft. Bei der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen erlebe ich diese Lust nicht, sondern nur viel „weiter so“ im Klein-Klein. Von Klimakrise bis Demografie: Zu all diesen Themen gibt es aus der Wissenschaft Erkenntnisse. Ob und wie sie übertragen werden und wie wir Innovationen entfachen können, das ist eine wichtige Aufgabe für die Wissenschaftspolitik.

die Exzellenzstrategie: Exzellenzstrategie und -initiative haben eine positive Dynamik ausgelöst in Form von Stärken-Schwächen-Analysen und strategischer Profilbildung von Universitäten. Von den Gewinnern erhoffe ich mir inspirierende Forschungserkenntnisse, die unser Land voranbringen. Aber auch die Universitäten, die in dieser Runde nicht erfolgreich waren, und auch die gar nicht teilnahmeberechtigten Fachhochschulen leisten herausragende wissenschaftliche Arbeit und müssen diese ohne Abstriche und Reputationsverluste fortsetzen können. Die erodierende Grundfinanzierung von Universitäten und Fachhochschulen bleibt das Hauptproblem des deutschen Wissenschaftssystems.

das Wissenschaftsverständnis der Grünen: Gibt es ein spezifisch grünes, ein sozialdemokratisches, christdemokratisches Wissenschaftsverständnis? Ich denke nicht. Es gibt in jeder Partei Strömungen, die querliegende Erkenntnisse der Wissenschaft versuchen zu ignorieren. Zur Geschichte der Grünen gehört Wissenschaftsskepsis genauso wie die Lust, Neues auszuprobieren, Traditionen zu hinterfragen und mit ihnen zu brechen. Darum sind die Grünen eine ausgesprochen wissenschaftsaffine und wissenschaftsfreundliche Partei.

das BAföG: Traurig, aber wahr: Das Bildungsgerechtigkeitsgesetz Nr. 1 ist zu einem Sorgenkind geworden. Zwischen 2013 und 2018 sind rund eine Viertelmillion Studierende und Schüler*innen aus dem BAföG gefallen. Statt wie Union und SPD das BAföG kleinmütig herunterzuwirtschaften, wollen wir Grünen eine dynamische und regelmäßige Anpassung der Studienfinanzierung auf der Basis des alle zwei Jahre erscheinenden BAföG-Berichts. Wir wollen das BAföG zu einem Zwei-Säulen-Modell ausbauen, das aus einer elternunabhängigen und einer bedarfsabhängigen Säule besteht. Beide Leistungen sollen nicht zurückgezahlt werden müssen, damit Verschuldungssorgen entfallen und alle Studienberechtigten einen Anreiz erhalten, ein Studium tatsächlich aufzunehmen.

die Wissenschaftsfreiheit: Ob Russland, China, die Türkei oder der Iran: In zahlreichen Ländern steht die Wissenschaftsfreiheit unter Druck. Wissenschaftler*innen werden entlassen, mit Arbeitsverbot belegt, bedroht, unter Hausarrest gestellt, inhaftiert oder sie sind gar in Lebensgefahr. Wir wollen die Wahrung der Wissenschaftsfreiheit zu einem wichtigen Ziel der deutschen und europäischen Außen- und Menschenrechtspolitik machen. Auch im Inland gibt es wissenschaftsfeindliche Tendenzen. Reaktionäre rechte Kreise machen geisteswissenschaftliche Disziplinen verächtlich, die besonders häufig Inspiration sind für kulturellen Wandel, gesellschaftliche Modernisierung und kritischen Geist. Dagegen müssen sich Wissenschaftler*innen disziplinenübergreifend wehren und den Schulterchluss mit der Gesellschaft suchen.



wächst in Essen auf. Ein Großvater arbeitet unter Tage. Das Abitur und das Diplom in Sozialwissenschaften ist Kai Gehring so gesehen nicht in die Wiege gelegt. Es braucht die Ermutigung einer Lehrerin, die Gehrings Eltern in den 1980er-Jahren sagt: „Der Kai hat das Zeug zum Gymnasium, versuchen Sie es doch einfach.“ Für den Bildungsaufstieg ist manchmal nur ein Satz nötig. Doch es braucht eben auch ein offenes, durchlässiges Bildungssystem, das solche Sätze überhaupt möglich macht. Das hat Kai Gehring verstanden, dafür kämpft er. Sätze können Menschen Welten eröffnen und ein Leben lang begleiten. „Der Kai macht das, der geht schon seinen Weg“, sind Worte, die ihm von seinem Vater in besonderer Erinnerung geblieben sind. Der stirbt 1997 bei einem unverschuldeten Verkehrsunfall, Kai Gehring steckt zu der Zeit mitten in den Abiturprüfungen. Er besteht das Abi, geht zu den Grünen, studiert Sozialwissenschaften und verhandelt noch während der Studienzeit im Jahr 2002 als Mitglied im NRW-Grünen-Landesvorstand die rot-grüne Regierung mit Peer Steinbrück.



Das Diplom folgt ein Jahr später - und 2005 wird Kai Gehring mit 27 Jahren zu einem der jüngsten Mitglieder in den Bundestag gewählt. Ein Senkrechtstarter. Bei den Jamaika-Verhandlungen im Herbst 2017 ist Gehring 39 Jahre alt und hat zwölf Jahre Opposition auf dem Buckel. Ein Politik-Veteran. Nur eben einer mit der Erscheinung eines Mannes, der im Berliner Nachtleben nicht weiter auffallen würde. So jugendlich kommt er rüber mit seinen Sneakers, seiner Neugier und - wenn man mit Leuten über ihn spricht - seiner Gewitztheit.

„Bei ihm ist alles stimmig - als Mensch und als Politiker ist er authentisch“, sagt der Sprecher der Universitäten in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und Rektor der Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Ulrich Radtke. „Für mich ist er ein sehr guter Sparringspartner in Diskussionen über Wissenschaft und Hochschulen in Deutschland.“ Und als ob das nicht schon Lob genug wäre, setzt Radtke ungefragt noch einen drauf: „Ich wünsche ihm ein Regierungsamt“.



Dem waren die Grünen und mit ihnen Kai Gehring in Berlin seit dem Ende der rot-grünen Koalition im Jahr 2005 nicht mehr so nah wie im Herbst 2017. Jamaika. Keine zehn Minuten sind es von Gehrings Abgeordnetenbüro zu Fuß in den Reichstag und zum Prachtbau der Parlamentarischen Gesellschaft, wo Gehring in jenen Herbsttagen eine Phase erlebt, die er - Balkon hin oder her - als eine „sehr starke Zeit“ beschreibt. „Wir konnten all unsere politischen Konzepte in die Verhandlungen einbringen.“

Nach zwölf Jahren auf der Oppositionsbank muss es ein ganzer Schubkarren voll grüner Papiere und Hoffnung gewesen sein, den Gehring im Palais auffuhr. Und während sich die Parteichefs und Spitzenpolitiker beim Sondieren in der großen Runde Stück für Stück entfremdeten, erreichten Gehring und seine Kollegen aus CDU und FDP einen Konsens in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, der sich nach dem mitternächtlichen Jamaika-Ausstieg der FDP am 19. November 2017 allerdings erübrigte.

Zum Jamaika-Aus twitterte Kai Gehring noch in der gleichen Nacht um 2:26 Uhr:

„#FDP ist davongelaufen u. a. vor großer #BAföG-Reform, höheren #Investitionen in #Bildung & #Forschung, Fortsetzung #Hochschulpakt, Ganztagsangeboten in #Schulen, steuerlicher #Forschungsförderung & Modernisierung #Bildungsföderalismus! Viele Chancen verspielt!! #Jamaika“.

Viel Schlaf dürfte er danach auch nicht mehr gefunden haben. „Ich war konsterniert, konnte es nicht verstehen und ich war enttäuscht“, sagt Gehring rückblickend. Er war an jenem Sonntag in Berlin geblieben und nicht nach Hause in seine Wohnung im Essener Stadtteil Rüttenscheid gefahren, wo er mit seinem Partner lebt. Die Frage, die ihn die Nacht über gequält haben dürfte, liegt auf der Hand: „Ob ich Wissenschaftsminister geworden wäre - wissen wir nicht. Aber ich hätte mich nicht gewehrt.“

ZUR PERSON

Kai Gehring, 42, ist seit 1998 Mitglied bei den Grünen und seit 2005 im Bundestag. In seiner Fraktion ist er Sprecher für Forschung, Wissenschaft und Hochschule. Der Sohn eines Elektrikers und einer Arzthelferin ist ein Bildungsaufsteiger. Er kämpft für Chancengleichheit, Menschenrechte, gute Studien- und Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb und die Freiheit von Forschung und Lehre. Der Diplomsozialwissenschaftler lebt in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft im Essener Stadtteil Rüttenscheid. Dort ist seine Heimat und sein Wahlkreis. Als Essener Pott-Kind pflegt er - nicht nur auf Twitter - das klare Wort. www.kai-gehring.de auf Twitter: @KaiGehring auf Instagram: @kai.gehring



DIE AUTORIN

Christine Prußky ist Journalistin, Mediatorin und Dozentin in Berlin. Seit ihrem Treffen mit Kai Gehring fühlt sie sich in einer Wissenslücke weniger allein: Er ist genauso schlecht im Bäumebestimmen wie sie. www.christine-prussky.de

Fotos: Kay Herschelmann



Klag! Mich! Ein!

STUDIENPLATZ-KLAGEN

15.000 Euro für Medizin, 1.800 Euro für Soziale Arbeit: **Karl-Heinz Reith** über das völlig legale Geschäft mit NC-Studienplätzen

In den USA müssen sich derzeit 34 Eltern vor Gericht verantworten, darunter bekannte Schauspieler und Modedesigner. Um ihren Kindern einen Studienplatz an einer Elite-Uni zu sichern, haben sie Prüfer bestochen und kräftig Schmiergelder gezahlt. Als erste Prominente wurde TV-Serienstar und Mutter Felicity Huffman verurteilt - zu 30.000 Dollar Geldbuße, 250 Stunden gemeinnütziger Arbeit plus 14 Tagen Haft. Nicht so in Deutschland. Hier kann man seinen Wunschstudienplatz ergattern, ohne kriminell zu werden. Alles ganz legal - und das sogar an einer staatlichen Hochschule. Das gilt nicht nur für die besonders begehrten Mangel-Studienplätze in Medizin und Psychologie, sondern auch für Studienplätze mit einem hohen örtlichen Numerus clausus, in Fächern wie zum Beispiels Jura, Betriebswirtschaft, Biochemie oder Soziale Arbeit, etwa an einer Fachhochschule - allen offiziellen Zulassungsregeln zum Trotz. Voraussetzung dafür ist allerdings, wie in den USA, ein wenig Geld der Eltern im Hintergrund. Noch wichtiger aber ist ein cleverer Anwalt, zudem ein wenig Geduld und bisweilen ein Quäntchen Glück. Insider schätzen, dass in den vergangenen Jahrzehnten etliche tausend Stu-

dierende mit Hilfe eines fachkundigen Anwalts und einer Studienplatzklage so ihren Weg ins Wunschstudium fanden - zum Teil trotz mäßiger Abiturnoten. Dabei muss man zwei Zulassungsverfahren auseinandehalten: Zum einen das bundesweite Vergabeverfahren für Medizin und Pharmazie, für das man sich nach wie vor bei der Stiftung „Hochschulstart.de“, der früheren ZVS in Dortmund, zentral bewerben muss. Zum anderen geht es um diejenigen Studienfächer, für die es je nach Hochschulstandort verschiedene örtliche Zulassungsbeschränkungen gibt. In etwa der Hälfte dieser betroffenen Studiengänge werden die freien Plätze inzwischen über das Portal der 2009 gegründeten Hochschulstart-Stiftung vermittelt. Da aber den Hochschulen die Teilnahme an diesem sinnvollen Vermittlungsverfahren je nach Bundesland nahezu freigestellt ist und es zum Teil auch noch technische Probleme gibt, muss man sich für die übrige Hälfte dieser Studiengänge nach wie vor unmittelbar direkt bei der gewünschten Hochschule bewerben. Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 2017 das bisherige Vergabeverfahren in der Humanmedizin teilweise für verfassungswidrig erklärt. Der bisherigen

Wartezeitzulassung - im Schnitt etwa 14 Semester! - wurden enge Grenzen gesetzt. Die Richter verlangen, dass die Abiturleistungen zwischen den Bundesländern insgesamt vergleichbarer werden und die Abiturnote nicht mehr das einzige Kriterium bei der Vergabe sein darf. Mindestens ein weiteres Kriterium müsse herangezogen werden. Hochschulinterne Eignungsprüfungen jedoch bedürfen nach dem Urteil der Richter selbst bei Wahrung „gewisser Spielräume“ der Hochschulen eines Gesetzesvorbehalts und müssten zur Wahrung von Chancengleichheit in „standardisierter und strukturierter“ Form erfolgen. Nach dem Urteil mussten sich die Länder über einen völlig neuen Staatsvertrag für die Stiftung verständigen. Er ist seit Anfang 2020 in Kraft.

Das Verfassungsgerichtsurteil wurde für das Fach Humanmedizin erstritten. Aber nicht wenige Juristen, auch der Münsteraner Fachanwalt Wilhelm Achelpöhl, gehen davon aus, dass die darin festgelegten Auswahlkriterien künftig auch Auswirkungen auf andere NC-Mangelfächer haben und bei weiteren Klagen um einen Studienplatz einbezogen werden. Seinem Münchener Anwaltskollegen Rudolf Riechwald, ebenfalls ein „alter Hase“ in Sachen NC-Klagen, sind dabei vor allem intransparente Eignungsfeststellungen jener Universitäten ein Dorn im Auge, die sich gern mit dem Elite- bzw. Exzellenz-Titel schmücken.

Grundlage für Studienplatzklagen bilden seit Jahrzehnten - gleich ob in Medizin oder in Fächern mit Orts-NC - die Grundgesetzartikel 12 Abs.1 Satz 1 (freie Wahl des Berufs und der Ausbildungsstätte) und 3 Abs. 1 (Gleichheitsgrundsatz). Wichtig sind zugleich die Kapazitätsverordnungen der Bundesländer. Letztere muss man sich wie einen großen Bruchstrich vorstellen. Dabei werden verschiedene Faktoren multipliziert und dividiert, wie etwa Pflichtveranstaltungen laut Studienordnung, vorhandenes Lehrdeputat von Professoren und Dozenten, Raumgrößen in der Fakultät und Laborplätze. Unter dem Strich ergibt sich dann die Zahl der jeweils neu aufzunehmenden Erstsemester. Können die Anwälte in diesen Kapazitätsberechnungen Fehler nachweisen, muss die Hochschule weitere Studenten aufnehmen. Anwalt Riechwald erwirkte mit einer Verfassungsbeschwerde im Jahr 2004, dass die Verwaltungsgerichte selbst in Eilverfahren die Kapazitätsberechnungen heranziehen und prüfen müssen.

Seit seinem ersten, legendären NC-Urteil zum Medizinstudium von 1972 hat das Bundesverfassungsgericht in mehr als 50 weiteren Folgeurteilen immer wieder die Bedeutung der verfassungsrechtlich geschützten Berufswahlfreiheit herausgestellt und von den Universitäten eine „erschöpfende Nutzung“ ihrer Aufnahmekapazitäten verlangt. Im Wandel der Zeiten sind gleichwohl Nuancen erkennbar. Während 1972 noch ein „absoluter Numerus clausus“ (gemeint war mehr Abgewiesene als Zugelassene) als gerade noch „am Rande des verfassungsrechtlichen Hinnehmbaren“ bezeichnet wurde, billigen heute die Richter dem „demokratisch legitimierten Gesetzgeber“ zu, über die

Anzahl verfügbarer Plätze selbst zu entscheiden. Nur bei der Verteilung dieses Mangels müsse es allerdings chancengerecht zugehen. Zuletzt gab es für Medizin weit über 60.000 Bewerber auf 11.000 Studienplätze. Schaut man ins Internet, so bietet eine Vielzahl von Anwälten ihre Dienste für NC-Klagen an, teilweise sogar mit Angaben über ihre bisherigen Erfolgsquoten. In München wirbt an einer von Studierenden stark frequentierten U-Bahn-Station eine Kanzlei gar mit einem Großplakat: „Sicher im Studium ... schneller am Ziel“. Die angepriesenen „Spezialitäten“ der Anwälte: „Studienplatzklagen, Prüfungsanfechtungen, Promotionsangelegenheiten“. Acht Groß-Kanzleien aus verschiedenen Bundesländern haben sich in diesem offenbar nicht unlukrativen Geschäft zu der überregionalen Internet-Plattform „Rechtsanwälte gegen Numerus clausus“ zusammengefunden. Darunter sind altbewährte Juristen, die schon seit der Studentenbewegung Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre nicht nur bei vielen örtlichen Verwaltungsgerichten, sondern auch beim höchsten deutschen Gericht in Karlsruhe Zulassungserfolge feiern durften. Ihre Namen sind der Stiftung Hochschulstart, bzw. ihrer ZVS-Vorgängereinrichtung, wohl bekannt und sind dort auch gefürchtet. Inzwischen leiten häufig schon deren Kinder die Kanzleien der inzwischen ergrauten Väter. Allerdings, billig ist so eine Studienplatzklage wahrlich nicht. Die Preise sind je Fach und Fall und der jeweiligen Wunschhochschule verschieden. In den medizinischen Studiengängen müssen Bewerber im Schnitt gar mit 15.000 bis 18.000 Euro rechnen - und etwa mit zwei Jahren Verfahrensstreit. Im internen Verwaltungsjargon der Hochschulen werden diese Studierenden gern „Gerichtsmediziner“ genannt. Einen begehrten Studienplatz in Psychologie gibt es dagegen schon ab 8.000 Euro - sofern man sich entschließt, an mindestens acht Unis gleichzeitig Klage wegen fehlerhafter Kapazitätsberechnungen einzureichen. In anderen Fächern mit Orts-NC kann es dagegen deutlich preiswerter sein. Weisen die Klage-Anwälte der Hochschulverwaltung gravierende Fehler bei der internen Kapazitätsberechnung nach, kommt es häufig rasch zum außergerichtlichen Vergleich. Einen FH-Studienplatz für Soziale Arbeit gibt es bisweilen schon für 1.800 Euro.

Wirklich kurios war so mancher NC-Kapazitäts-Rechtsstreit vor allem in der Medizin: Wie viele Studenten dürfen in der Pathologie an einer Leiche experimentieren? Und wie hoch darf dabei der Formaldehyd-Gehalt im Raum sein, sollte noch ein weiterer Student per Gericht zugelassen werden? Vorschlag des Richters an die abwehrende Uni: „Dann machen Sie doch mal zwischendurch das Fenster auf!“

DER AUTOR

Karl-Heinz Reith ist freier Journalist in Berlin



Eine erweiterte Fassung dieses Beitrags finden Sie auf unserer Website: www.studentenwerke.de/de/content/gastbeitrag-dsw-journal-1-2020



”

WIR MÜSSEN WAS TUN

13 Fragen an ...

SAGITHJAN SURENDRA

„Student des Jahres“ von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

1 *Das Wichtigste zuerst: Greuther Fürth oder Clubberer?*

FCN. In meiner heißen Phase stand ich am Zaun und guckte beim Training zu. Stadion war zu teuer. Aber irgendwie geht's beim Club zu oft nach unten – das entspricht nicht der Philosophie des Aelius Förderwerks ... (zwinkert)

2 *... das Sie mit 18 gegründet haben. Wie sind Sie darauf gekommen?*

Ich hatte ein 100-Euro-Bücher-Stipendium von einem Förderwerk der Robert Bosch Stiftung bekommen. Die Leute, die ich dort kennengelernt habe, waren für mich der Wendepunkt: Wir wussten, wir müssen was tun – für Kinder aus benachteiligten Familien.

3 *Sie meinen, die Robert-Bosch-Mentoren haben Sie verändert?*

Nein, ich meine damit eher uns Betroffene. Einem Freund von mir mit türkischem Hintergrund wurde zum Beispiel eine Sprachbehinderung attestiert. Heute studiert er Linguistik. Da läuft doch was schief, oder!

4 *Was bedeutet es für Sie, Student des Jahres zu sein?*

Ich empfinde es als Anerkennung. Und ich freue mich darüber. Aber eigentlich gebührt dieser Preis genauso meinen Mitgründern. Deswegen wird das Preisgeld auch irgendwie in die Stiftung zurückfließen.

5 *Sie sind 21, haben einen Abi-Schnitt von 0,9 und eine gemeinnützige Organisation gegründet. Was treibt Sie an?*

Mir macht einfach vieles Spaß. Ich tue die Dinge, die ich tue, sehr gerne.

6 *Was sind Ihre Eltern von Beruf?*

Mein Vater ist Staplerfahrer, meine Mutter Putzfrau.

7 *Und sie studieren Molekulare Medizin.*

Ja, meine Mutter fragt öfter, ob ich nicht lieber ein „richtiger Arzt“ werden will. Das würde sie freuen, glaube ich.

8 *Hat sich für Sie im Jahr 2015 etwas geändert?*

Wieso 2015? Habe ich was verpasst?

9 *Es kamen viele Menschen, auf der Flucht. Viele Deutsche mit Migrationshintergrund sagen, dass sie seitdem von den weißen Deutschen öfter schief angeguckt werden.*

Für mich hat sich nichts geändert. Nürnberg ist einfach eine diverse Stadt, sehr bunt. Ich fühle mich wirklich wohl hier. Aber es stimmt schon: Die Betonung des „Ihr“ und „Wir“ ist stärker geworden. Gerade in den Medien. Darüber könnten die Journalisten mal nachdenken.

10 *Was kann die Bildungsrepublik von Nürnberg lernen?*

Diese Stadt hat so viele gute Bildungsideen! Eine Menge! Nürnberg hat eine Kultur der individuellen Förderung. Hier wird viel dafür getan, dass junge Menschen ihren Weg finden. Viele wundern sich darüber, dass das in Bayern möglich ist. Aber hier ist es einfach anders. Wenn wir mit Aelius eine Veranstaltung machen, kann ich im Büro des Bürgermeisters anrufen – der hilft, wo er nur kann. Das ganze Rathaus ist offen für Initiativen.

11 *Ist BAföG geil?*

Nein! Ich kenne kaum einen, der davon leben kann. Und ich kenne wirklich viele, die BAföG bekommen. Ohne Studienförderung könnte auch ich niemals studieren.

12 *Wenn Sie König von Deutschland wären, wie würden Sie das BAföG bauen?*

Ich würde es auf jeden Fall öfter mal erhöhen. Und wissenschaftlich untersuchen, wie die Lebenshaltungskosten sich verändern. Am wichtigsten aber: BAföG müsste unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ausgezahlt werden.

13 *Das heißt, auch die Kinder reicher Eltern sollten BAföG bekommen?*

Ja, wenn wir wirklich meinen, dass Studierende unabhängig werden sollen, dann muss das so sein. Wir nehmen die Studierenden nicht ernst, wenn wir sie nur als Kinder ihrer Eltern sehen.

Die 13 Fragen stellte **Christian Füller**, Journalist, Buchautor und Pisaversteher christianfueller.com, Twitter: @ciffi

ZUR PERSON

Sagithjan Surendra, 21, wurde vom Deutschen Hochschulverband (DHV) und vom Deutschen Studentenwerk (DSW) zum „Studenten des Jahres“ gekürt. Er erhält 5.000 Euro Preisgeld, gestiftet vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Mit 18 Jahren hat er das Aelius Förderwerk für benachteiligte Kinder und Jugendliche gegründet; er ist dessen Vorstandsvorsitzender. Sein Team besteht mittlerweile aus 50 Studierenden. DHV und DSW haben Surendra nicht nur wegen seines sozialen Engagements, sondern auch wegen seiner enormen Leistungsfähigkeit auserkoren: ein 0,9er-Abitur, ein Astronomie-Frühstudium, erste Publikationen. Sagithjan Surendra ist Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes. Er studiert Molekulare Medizin auf Master an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU). Geboren und aufgewachsen ist er in Nürnberg; seine Eltern waren vor dem Bürgerkrieg aus Sri Lanka nach Deutschland geflohen.

www.sagithjansurendra.de
auf Instagram: sagithjan.surendra

https://www.aelius-foerderwerk.com/

DSW-PRÄSIDENT ROLF-DIETER POSTLEP ÜBER POLITISCHE BILDUNG IM STUDIUM

Studium = Demokratie-Praktikum

Wir haben einen bildungspolitischen Konsens in Deutschland, dass in unseren Schulen politische Bildung vermittelt werden soll.

Unabhängig davon, wie intensiv das umgesetzt wird und gelingt, kann ich nur sagen: Gut so! In diesen Zeiten, die von Extremismen, Populismus, Fake News und einer beklagenswerten Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung geprägt sind, benötigen wir mündige, vernünftige, abwägende Bürgerinnen und Bürger. Die politische Bildung kann nicht früh genug ansetzen.

Nur: Was ist mit den Hochschulen? Benötigen Menschen, die in aller Regel beim Eintritt in die Stätten höherer Bildung ihre Volljährigkeit erreicht haben, keine weitere politische Sensibilisierung mehr? Sollte ein Hochschulstudium allein der Vermittlung wissenschaftlicher Arbeits- und Erkenntnisweisen sowie der Aneignung fachspezifischer Inhalte dienen? Sie ahnen meine Antwort: eher nicht.

Wissenschaft findet nicht im luftleeren Raum statt. Ein oberflächlicher Blick in die Wissenschaftstheorie genügt, um zu erkennen, dass die vermeintliche Wertneutralität von Wissenschaft ihrerseits eine keineswegs wertfreie Konstruktion ist. Gerade die Hochschulen sind Teil unserer Gesellschaft, und sie stellen, auch wenn das vielleicht nicht alle Studierenden gern hören, wichtige Teile der künf-



»Wir müssen unsere Demokratie verteidigen. Das muss man lernen, auch in der Hochschule«

tigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führungsebene unseres Landes. Nicht umsonst sind Hochschulen qua ihrer Verfasstheit und Gremienstruktur demokratische Institutionen (auch wenn man über den Grad der demokratischen Mitbestimmung streiten kann). Als Student, als Studentin bin ich eben gerade nicht, wie es der neoliberale Zeitgeist der 2000er-Jahre gern behauptete, zahlender „Kunde“ eines Bildungsunternehmens namens Hochschule – sondern ich bin Mitglied meiner Hochschule! Ich bestimme mit, ich rede mit, ich gestalte mit. Die beschämend geringe Wahlbeteiligung der Studierenden bei den AStA- oder StuRa-Wahlen einmal dahingestellt: Zumindest vom Anspruch her ist die Hochschule ein Ort praktizierter Demokratie.

Das muss sie sein, und diese Rolle der Hochschule sollten wir stärken, wo wir nur können. Ein Studium sollte zugleich ein Demokratie-Praktikum sein, unabhängig vom gewählten Studienfach.

Wo, wenn nicht im Studium, ist der Ort für einen offenen Austausch politischer Ideen und Haltungen? Wo, wenn nicht im Studium, muss ich lernen, mich mit anderen Meinungen, Haltungen und Positionen als den meinen argumentativ und diskursiv auseinanderzusetzen? Wo, wenn nicht im Studium, muss der Austausch von Argumenten intensiv geübt werden?

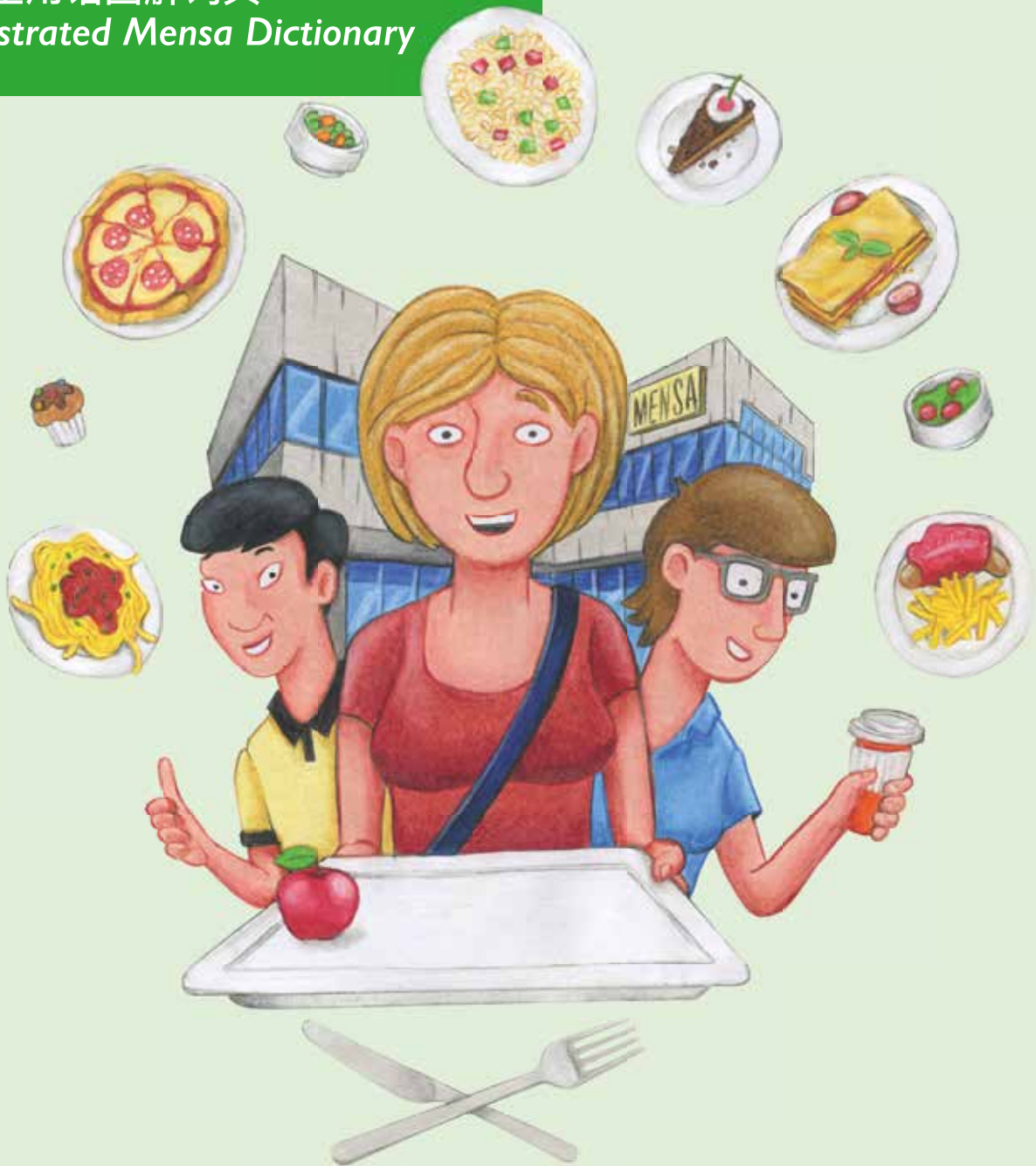
Wir müssen unsere Demokratie hochhalten und verteidigen. Das kann, das muss man lernen. In der Schule – und erst recht in der Hochschule.

Ihr

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep
Präsident des Deutschen Studentenwerks
» rolf-dieter.postlep@studentenwerke.de



Illustriertes Mensawörterbuch
食堂用语图解词典
Illustrated Mensa Dictionary



Bestellen Sie online:
www.studentenwerke.de



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Arbeiten im Studentenwerk / Studierendewerk

Die 57 Studentenwerke und Studierendewerke in Deutschland sind Dienstleister für Studierende und Hochschulen.

Wir bieten vielseitige Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Praktika in den Bereichen: Hochschulgastronomie, Wohnen, Studienfinanzierung, Beratung, Kultur, Internationales/Interkulturelles, Verwaltung, und Kinderbetreuung.

Bei uns beschäftigt zu sein, bedeutet: ein besonderes Arbeitsumfeld in Hochschulnähe, sinnvolle Tätigkeiten und die Verlässlichkeit des öffentlichen Dienstes.

Informationen und unsere aktuellen Stellenangebote finden Sie unter:

www.jobs-studentenwerke.de



Die **STUDENTENWERKE / STUDIERENDENWERKE**